

stachlige ARGUMENTE

Zeitschrift des Landesverbandes Berlin / Nr. 184 / Winter 2011



18. SEPTEMBER 2011 - 17,6%

KÖNNEN 4,5% PLUS EIN MINUS SEIN?

EUROKRISE

Von Solidität und Solidarität

FINANZKRISE

Von Schulden und Scheitern

GRÜNE KRISE

Mehr Mut - Grün bleiben

DEBATTE

- 4** Raus aus der Eurozonen-Krise durch Solidarität, Solidarität und nachhaltige Investitionen
von Sven Giegold
- 6** Solidarisch durch die Krise?
von Elisabeth Schroedter
- 7** „Entwaffnet die Finanzmärkte“ - NEIN zu diesem EU-Rettungsschirm
von Hans-Christian Ströbele
- 8** „Unsere Grundphilosophie des Programms von 1998 ist gescheitert!“
Ein Gespräch mit Lisa Paus von Oliver Münchhoff
- 11** Euro, der; EZB, die; Griechen, die;
von Oliver Münchhoff

TITELTHEMA: 17,6%

- 13** 11 Thesen zur Wahl aus der Froschperspektive
von Rainer Rudolph
- 14** Die Arbeit beginnt jetzt!
von Bettina Jarasch und Daniel Wesener
- 16** „Wir haben zu wenig Mut gehabt, Grün zu bleiben“
Ein Gespräch mit Volker Ratzmann von Ronald Wenke
- 19** Drei Gründe für das Verfehlen des Wahlziels
von Eckard Holler
- 20** It’s the strategy, stupid!
von Katrin Schmidberger

TITELTHEMA: 17,6%

- 21** Aus Fehlern lernen - notwendige Debatten führen - Oppositionsführerschaft gewinnen
von Ramona Pop
- 24** Teilhaben und Teilsein? Nicht in diesem Wahlkampf
von Alexander Klose und Susanna Kahlefeld
- 26** Lieber den Spatz auf dem Dach als die Taube in der Hand?!
von Reiner Felsberg, Jürgen Wachsmuth und Matthias Tang
- 28** Ein Blick nach Innen
von Jochen Biedermann
- 29** Unsere Plattform - Alle Texte
- 30** Die Piratenpartei und die Grünen - eine Wahlanalyse
von Christine Dörner

PARTEILEBEN

- 32** Mitte - von allem etwas, von manchem mehr
von Alessa Berkenkamp
- 36** RotSchwarzGrün - eine eher seltene Farb-kombination
von Regina Schmidt
- 36** Rot-Grün in Charlottenburg-Wilmersdorf
von Jürgen Wachsmuth
- 37** Grüne im Südosten gehen Zählgemeinschaft mit SPD und CDU ein
von Andrea Gerbode und Peter Groos

PARTEILEBEN

- 38** Sicherheit geht vor Neuanfang mit den Grünen - Zählgemeinschaft in Berlin-Mitte
- 39** Hallo, hier kommt Berta!
von Nikolai Wolfert
- 40** Neuköllner Grüne stehen vor echten Herausforderungen
von Bernd Sczepanski
- 41** Friedrichshain-Kreuzberg bleibt grün!
von Paula Riester und Florian Schärdel
- 42** Die neue Grüne Fraktion im Abgeordnetenhaus
- 42** Eine Frage an...
von Oliver Münchhoff
- 43** Die Landesgeschäftsstelle
von Catherina Pieroth
- 44** Canvassing - die neue Wahlkampfstrategie?
von Silke Gebel
- 46** Große Tombola um einen Kitaplatz
von der Kita-AG
- 47** Armutsfalle für Allein-erziehende im Prenzlberg
von Claudia Lukas
- 48** Grünes Projekt
"Fehlende Kita-Plätze"
- 49** Nachruf - Wolfgang Pohner
- 50** Gestern habe ich wieder was gelernt - Fundis gefunden
von Wolfgang Seelbach

angestachelt!

betr.: Euro,- Staatsschulden, Finanz, -Wirtschaftskrise

Die Bezeichnungen sind vielfältig, aber eines ist allen gemein - Krise. Und das heißt: Handlungsdruck. Vor allem der Bundesregierung, die getrieben werden muss, Schritt für Schritt anzuerkennen, das Europa mehr ist als der Euro, das eine Schuldenbremse kein Selbstzweck ist und das ein Parlament, hier der Bundestag, ein Königsrecht hat: Das Haushaltsrecht. Mit gezielten Desinformationen erzeugt Schwarz-Gelb ein Umfeld, in dem sich alle nur noch Fragen: Was haben wir eigentlich mit Europa zu tun? Und die Kanzlerin gefällt sich als Krisenmanagerin, die tapfer die deutschen Töpfe verteidigt – und dabei wohl vergisst, dass der deutsche exportgestützte Boom von den jetzt zu stützenden Euroländern mitfinanziert wurde. Wir Bündnisgrüne haben auf der BDK in Kiel dagegen gesetzt: Solidarität und Solidarität im Verbund mit nachhaltigen Investitionen ist unser Ziel, Eurobonds, ein Finanz- und Wirtschaftskommissar auf EU-Ebene, eine Volksabstimmung zur EU, eine sozial-ökologische Finanzreform sowie Investitionsunterstützungen unsere Mittel. Die Ergebnisse der BDK findet ihr auf gruene.de unter dem Schlagwort: Was wurde entschieden.

betr.: Berlin - Grüne Krise?

Viel wurde und wird diskutiert über unsere Verfasstheit. Wir wollen Euch hier eine Plattform bieten für Eure Analysen und Meinungen zum Wahlkampf und seinen Folgen. Alle hier nicht abgedruckten Artikel werden wir auf gruene-berlin.de/stachlige-argumente veröffentlichen. Um den letzten Satz des abschließenden Artikels dieser Serie hier vorwegzunehmen: „hier liegt viel Weg vor uns - gehen wir's gemeinsam an!“

Auch auf der kommenden LDK am 21. Januar 2012

betr.: Rückseite dieser Ausgabe: Anti-Nazi-Bär aus Mitte und Neukölln

Unsere Rückseite nimmt sich nicht umfassend eines aktuellen Themas an, sondern wir können es uns erlauben, an dieser Stelle es plakativ auszudrücken. Was andere erst als Schreck empfinden, wenn Aktionen des Nazimobs anscheinend wie aus dem Nichts zu Tage treten, haben wir immer gesagt: Es gibt eine rechtsradikale Bedrohung, die unseren Alltag und unser Zusammenleben zerstören will und die sehr wohl organisiert ist.

Das Plakat ist auch ein Zeichen der Zusammenarbeit: Der Bärenentwurf stammt aus dem KV Mitte und der KV Neukölln hat es in Plakatform auf die Strasse gebracht. Wie sich gezeigt hat auch mit Erfolg: Der Süden des Bezirks wurde regelmäßig „entplakatiert“. Wir sehen uns im Februar in Dresden – und werden auch dort Gesicht zeigen.

Nun hoffentlich auch Spaß beim Lesen und Euch allen ein Frohes Weihnachtsfest und Guten Rutsch!

Eure Redaktion

Oliver Münchhoff, Ronald Wenke, Ulrike Bürgel

RAUS AUS DER EUROZONEN-KRISE DURCH SOLIDITÄT, SOLIDARITÄT UND NACHHALTIGE INVESTITIONEN

von Sven Giegold

Die Rettungsprogramme für die europäischen Krisenländer wirken nicht wie erhofft. In Griechenland steigt die Gefahr, dass ein Staatsbankrott nicht vermieden werden kann. In Griechenland und Portugal ist die Arbeitslosigkeit von 2008 bis 2010 stark angestiegen, in Spanien hat sie sich im Vergleich zum Vorkrisen Niveau von rund 11% (2008) fast verdoppelt auf rund 20% (2010). Außerdem leben in Griechenland und Portugal mittlerweile 20% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. In Spanien ist die Anzahl an Menschen, die mit weniger als 530 Euro monatlich auskommen müssen, innerhalb von drei Jahren um eine Million, auf über 9 Millionen, angewachsen. Alle Versuche in einer Politik kleiner Schritte „auf Sicht“ aus der Krise herauszukommen, sind offensichtlich überfordert. Die Europäischen Grünen schlagen stattdessen eine „Europäische Wirtschaftsunion“ vor. Statt Europaskepsis und Renationalisierung braucht Europa eine Strategie, die aus den Säulen Solidarität, Solidität und Nachhaltigkeit besteht und neue Krisen langfristig vermeidet.

VERANTWORTUNG FÜR HAUSHALTSDISZIPLIN UND GEGEN WIRTSCHAFTLICHE UNGLEICHGEWICHTE

Die Ursache der Krise in Spanien, Irland, Portugal und auch in Griechenland ist vor allem eine Explosion von Konsum- und immobiliengetriebener Privatverschuldung als Folge der immer größeren Ansammlung billigen Geldes. Der schnelle Zustrom von Krediten beschleunigte zudem das allgemeine Kostenniveau und kostete die Länder ihre Wettbewerbsfähigkeit. Erst darauf folgte – mit Ausnahme Griechenlands – die unnachhaltige Erhöhung der Staatsverschuldung. Deshalb ist es unerlässlich, zukünftig effektive Maßnahmen gegen wirtschaftliche Ungleichgewichte zu ergreifen. Die Wirtschaftspolitik der Euroländer darf nicht mehr gegeneinander gerichtet sein, sondern muss den wirtschaftlichen Erfolg aller Staaten im Rahmen einer gemeinsamen Währung in den Mittelpunkt stellen. Das Auseinanderentwickeln der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Euroländer ist mit der gemeinsamen Währung auf Dauer nicht zu vereinbaren.

Maßnahmen gegen übermäßige Ungleichgewichte sind im den kürzlich vom Rat der Europäischen Mitgliedsländer und dem Europaparlament verabschiedeten „Economic

Governance-Paket“ enthalten. Sowohl Mitgliedsländer mit Überschüssen von Exporten im Vergleich zu den Importen, als auch Staaten mit Defiziten müssen zukünftig einen Beitrag zum Abbau der volkswirtschaftlichen Ungleichgewichte leisten. Bei Nichthandeln drohen Sanktionen. Länder mit Problemen bei der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit müssen Reformen vornehmen und ihre Kosten senken. Länder mit Exportüberschüssen müssen ihre Nachfrage steigern. Es ist wichtig zu beachten, dass Exporterfolge von Mitgliedern der Eurozone der notwendigen Verschuldung der Importländer mit Defiziten entsprechen. Aus deutscher Sicht hat es sich als unklug erwiesen dreistellige Milliarden-Summen risikoreich ins Ausland zu verleihen, anstatt sie in die Zukunft zu investieren. Die Maßnahmen des Grünen New Deal in Deutschland wie Mindestlöhne, faire Lohnabschlüsse und Zukunftsinvestitionen in Bildung und Klimaschutz würden unsere Exportwirtschaft kaum schwächen, aber die Kaufkraft für Importe aus den Partnerländern steigern und damit auch den Euro stabilisieren.

Zudem müssen ökonomische Statistiken und Haushaltszahlen in Zukunft umfassend und transparent sein und vor allem der Wahrheit entsprechen. Dafür sorgen die durch das Economic Governance-Paket gesetzlich verankerten Anforderungen wie striktere Statistikregeln und die obligatorische Analyse der Daten durch unabhängige Institute. Somit ist ein beherzter Schritt gegen manipulierte Haushaltsdaten gemacht worden. Gerade bei Risiken aus Public-Private-Partnerships werden nun auch die Bundesregierung, Länder und Kommunen gefordert sein, versteckte Schulden und Risiken zu erfassen und transparent zu machen.

FINANZIELLE SOLIDITÄT ALS ANDERE SEITE DER EURO-SOLIDARITÄT

Klare Grenzen für öffentliche Schulden, Schuldenabbau und ein effektiver Stabilitäts- und Wachstumspakt sind weitere zentrale Stützen der gerade beschlossenen zukünftigen Euro-Regeln. Sie sind notwendig für unsere Zukunft, denn die nachfolgenden Generationen europäischer BürgerInnen haben ein Recht auf gesunde öffentliche Kassen. Die neuen Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, die Defizitverfahren zu straffen, die Spielräume für Haus-

haltsdefizite einzuengen und auch den Schuldenstand über 60% des BIP konsequent zurück zu führen, ist deshalb zu begrüßen.

Jedoch muss bei den Sparanstrengungen die soziale und ökologische Balance gewahrt werden. Bei den bisherigen Sparmaßnahmen in den Krisenländern werden die Lasten der Haushaltskonsolidierung vor allem auf den Schultern der Mittelschicht, Geringverdiener und Armen abgeladen. Entsprechend haben Armut und Arbeitslosigkeit zugenommen, während die auch in den südlichen Mitgliedsländer stark gewachsenen Vermögen nicht belastet wurden.

Immer deutlicher wird, dass diese Strategie nicht nur sozial, sondern auch ökonomisch gescheitert ist. Denn das Wachstum springt nicht an, was die staatlichen Einnahmen weiter nach unten drückt. Die Neuverschuldung bleibt deshalb hoch. Diese Art des Schuldenabbaus schädigt zunehmend die Unterstützung für die Europäische Union selbst.

Deshalb ist es jetzt essentiell, nachhaltige Investitionen in Zukunftsbereiche, wie erneuerbare Energie, nachhaltigen Tourismus und Bildung im Rahmen eines Green New Deals parallel zu den notwendigen Reform- und Sanierungsprogrammen vorzunehmen. Außerdem brauchen wir eine bessere Steuerkooperation in Europa, um Steuerdumping zu verhindern und die staatlichen Einnahmen zu stärken. Auch die Finanztransaktionssteuer muss nun endlich kommen.

Die Grüne Strategie aus Solidarität, Solidität und nachhaltigen Investitionen bietet einen langfristigen Weg aus der Krise. Kurzfristig jedoch muss die Finanzierung der aller Eurostaaten gesichert werden. Ihre Reformanstrengungen können nur gelingen, wenn sie nicht von wachsenden Zinslasten erdrückt werden. Der Rettungsschirm EFSF ist zu klein, um auch Spanien und Italien stabilisieren zu können. Der Ansatz der Bundesregierung, dass sich alle Euroländer selbst um ihre Finanzierung kümmern sollen, ist gescheitert. Die lange Blockadepolitik gegen Europäische Anleihen hat nun die Unsicherheit an den Finanzmärkten so weit erhöht, dass die EZB zum Handeln genötigt wurde. Die Glaubwürdigkeit der EZB wird zunehmend beschädigt. Daher muss sich die Bundesregierung bei den Euroanleihen endlich bewegen. Die Eurobonds können dann verknüpft

werden mit starken Auflagen bei der Haushaltssanierung, damit mithaftende Staaten wie Deutschland nicht auf den Verlusten sitzen bleiben.

Die Erfolgsgeschichte der EU beruht auf Lehren, die weit-sichtige PolitikerInnen aus der Geschichte des Kontinents nach zwei Weltkriegen gezogen hatten. Frieden, Freiheit, Demokratie lassen sich besser gewährleisten, wenn nicht nur nationale Interessen verfolgt werden, sondern die Staaten Europas politisch und wirtschaftlich immer tiefer zusammenarbeiten. Das Versprechen demokratischer Werte wäre unvollkommen ohne das Ziel sozialer Gerechtigkeit und dem Erhalt der Natur. Auch in der momentanen Krise gilt es diese drei Ziele im Blick zu behalten: eine Wirtschaftspolitik der Solidität, Solidarität und Nachhaltigkeit führt uns dorthin.

Der Autor, MdEP für die NRW-Grünen, ist Koordinator der Grünen im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europaparlaments. Er ist Mitgründer von Attac Deutschland und engagiert sich in der Präsidialversammlung des Deutschen Evangelischen Kirchentages. Mehr: www.sven-giegold.de/ sowie [facebook/twitter: sven_giegold](https://www.facebook.com/sven.giegold)



© Maxim_Kazmin - fotolia

SOLIDARISCH DURCH DIE KRISE?

von Elisabeth Schroedter

In den letzten Monaten hat sich die Protestbewegung der Indignados, der empörten Jugend Spaniens, weit über die Landesgrenzen hinweg Gehör verschafft. Auch im Rest Europas und der Welt machen Menschen ihrem Unmut Luft, dass die einzige Antwort auf die gegenwärtige Krise, verschärfte Haushaltsdisziplin ist. Die Krise ist aber auch eine soziale Krise. Sparmaßnahmen dürfen daher nicht nur auf Haushaltsstabilisierung abzielen, sondern müssen auch die Menschen im Blick haben, um nicht einer ganzen Generation die Zukunft zu nehmen. Obwohl laut Sozialbericht 2011 des Statistischen Bundesamts inzwischen fast jeder sechste in Deutschland und 84 Millionen (17%) in der EU armutsgefährdet sind, verabschieden Länder wie Deutschland und Großbritannien, die nicht unmittelbar von der Krise betroffenen sind, auch Maßnahmen, die den dort anhaltenden Trend steigender Armut deutlich verschärfen.

Im Gegensatz dazu steht in der EUROPA-2020-Strategie das Ziel, die Zahl der Menschen unter der Armutsgrenze um 20 Millionen zu senken. Doch was kann die EU konkret tun, um die Mitgliedstaaten zu unterstützen, dieses Ziel zu erreichen? Eine der Antworten der EU auf die Krise ist das Europäische Semester mit einer besseren Koordinierung von Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Umweltpolitik der 27 Mitgliedstaaten. Klare Zeitpläne sollen sicherstellen, dass die Nationalen Reformprogramme so gestaltet sind, dass die in Prozent gefassten Vorgaben der gemeinsamen EUROPA-2020-Strategie überall erreicht werden. Dabei stehen wirtschaftliche, ökologische und sozialpolitische Ziele in einem Zielkatalog gleichberechtigt nebeneinander. Bei den diskutierten Maßnahmen wird die sozialpolitische Dimension jedoch der makroökonomischen Stabilität untergeordnet. So zielen z.B. arbeitsmarktpolitische Maßnahmen nicht auf eine soziale Stabilisierung ab, sondern bauen unter dem Motto der „Flexibilisierung des Arbeitsmarkts“ grundlegende Arbeitnehmer/innenrechte und die soziale Absicherung für Arbeitslose ab.

Mit der Reform der Europäischen Strukturfonds will die EU das erste Mal die Mitgliedstaaten auch im Kampf gegen Armut unterstützen. Der Europäische Sozialfonds (ESF) soll daher für die nächste Förderperiode zwei neue Schwerpunkte erhalten, einer davon ist der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung, der zweite die Senkung

der Schulabbrecherquote. Die Europäische Kommission schlägt dazu vor, dass jeder Mitgliedstaat 20% des ESF für die Armutsbekämpfung verwendet. Damit reicht der ESF-Aktionsbereich erstmalig deutlich über die Arbeitsmarktpolitik hinaus und lässt umfassende Maßnahmen zu, um Menschen aus der Armut zu helfen. Die Bundesregierung hat sich in ersten Äußerungen gegen solch klare Vorgaben der EU zur Armutsbekämpfung gestellt. Dabei würde dieser erweiterte ESF auch in Deutschland viele Projekte ermöglichen, die Armut beseitigen und soziale Inklusion vorantreiben. Wir Grüne werden uns im Europäischen Parlament in den Verhandlungen mit dem Rat dafür einsetzen. Die EU muss gerade in der Krise die soziale Dimension aufwerten und Akzente setzen, um das Vertrauen der Menschen in die EU wieder zu gewinnen. Die Mitgliedstaaten müssen auch im Zuge von Sparmaßnahmen sozial handeln und Investitionen in Menschen nicht hinten anstellen, wenn sie ihren Bürger/innen gegenüber glaubwürdig bleiben wollen.

Die Autorin ist Mitglied des Europäischen Parlamentes und Vizepräsidentin des Sozial- und Beschäftigungsausschusses



BDK 2011: Papandreou unterstützt unser Konzept

„ENTWAFFNET DIE FINANZMÄRKTE“ - NEIN ZU DIESEM EU-RETTUNGSSCHIRM

von Hans-Christian Ströbele

Dem EU-Rettungsschirm habe ich nicht zugestimmt. Deutschland soll sich daran mit Garantien bis zu 211 Milliarden Euro beteiligen. Mit dem vielen Geld sollen Notmaßnahmen im Euro-Währungsgebiet bezahlt werden. Auch bei der „Hebelung“, mit der Kredite in mehrfacher Höhe der Garantiesumme möglich werden, habe ich mit Nein gestimmt.

Auch ich will der griechischen Bevölkerung helfen, aus der Krise zu kommen. Auch ich bin grundsätzlich für einen Rettungsschirm. Lieber wäre mir ein drastischer Schuldenschnitt auf Kosten der Banken oder eine geregelte Staatsinsolvenz, die nicht zu Lasten der sozial Schwachen geht. Aber dafür fehlen noch die Regeln im EU-Währungsraum. Sie müssen dringend geschaffen werden. Solange bleibt nur die Hoffnung auf den Rettungsschirm. Sie ist trügerisch. Niemand weiß, ob die Finanzmärkte wirklich beruhigt werden. Inzwischen sind Nachschüsse in Milliardenhöhe nötig, oder die EU-Zentralbank übernimmt die Risiken. Letztlich haften die Steuerzahler der EU. Die Finanzmärkte treiben die Politik vor sich her. Die Risiken in Höhe von Hunderten von Milliarden sind kaum noch zu verantworten.

Nicht zugestimmt habe ich vor allem, weil eine ausreichende parlamentarische Kontrolle fehlt. Zwar sieht das Gesetz vor, dass dann, wenn die haushaltspolitische Gesamtverantwortung des Bundestages berührt ist, dieser vorher zustimmen muss. Das ist der Fall bei wichtigen Vereinbarungen über eine Notmaßnahme, etwa bei Abschluss von Verträgen und Änderungen des Rahmenvertrages.

Aber bei besonderer Eilbedürftigkeit oder Vertraulichkeit werden die Rechte des Parlaments von nur neun ausgewählten Abgeordneten wahrgenommen. Der Gesamtbundestag bleibt außen vor. Das droht die Regel zu sein, denn eilbedürftig sind Notmaßnahmen stets. Die Regierung wird dies behaupten oder sich auf Vertraulichkeit berufen. Das tut sie schon jetzt immer, wenn ich frage, etwa, zu welchen Bedingungen vom Staat Kredite und Garantien in Milliardenhöhe an notleidende Banken gegeben wurden. Oder wenn ich die Höhe der Bonuszahlungen an Manager wissen will. Dann beruft sie sich auf Vertraulichkeit und verweigert die Antwort. Ich fürchte, so wird sie in Zukunft auch begründen, warum das Parlament nicht beteiligt werden kann. Nach dem Gesetz bestimmt die Bundesregie-

rung, was eilbedürftig oder vertraulich ist. Das 9er-Gremium kann zwar widersprechen, aber nur mit Mehrheit, also nur mit Stimmen aus der Regierungskoalition.

Nach dem Gesetz sind vorsorgliche Notmaßnahmen zur Rekapitalisierung von Banken oder Ankauf von Staatsanleihen regelmäßig eilbedürftig oder vertraulich. Ausgenommen sind nur Grundentscheidungen, etwa der erstmalige Antrag eines Mitgliedstaates auf Notmaßnahmen. Wenn es um weniger wichtige Entscheidungen geht, reicht die Zustimmung des Haushaltsausschusses. Auch dessen Zustimmung kann bei Eilfällen und Vertraulichkeit das 9er-Gremium ersetzen.

Damit wird das Haushaltsrecht des Parlaments zu stark beschränkt und einem Rumpf-„Parlament“ übertragen. Das will ich mir als Bundestagsabgeordneter nicht gefallen lassen. Immerhin geht es um Summen in Höhe der Hälfte des Gesamthaushalts des Bundes.

Schlimmer noch, mein Recht auf Unterrichtung darüber, was mit dem Geld der Steuerzahler geschieht, kann in den Fällen besonderer Vertraulichkeit beschränkt werden. Und das über Jahre. Das darf nicht sein. Wie soll ich dann kontrollieren? Ich soll über die Ausgaben der Steuergelder entscheiden. Aber wie das, wenn ich nichts erfahre. Selbst eine vertrauliche Information der Abgeordneten ist nicht vorgesehen.

Ich will nicht, dass ich und 98 Prozent der Abgeordneten unwissend und außen vor bleiben, wenn für den Gesamtstaat existenzielle Entscheidungen getroffen werden. Inzwischen sieht auch das Verfassungsgericht das Problem und hat die Einsetzung des 9er-Gremiums gestoppt.

Die Finanzmärkte sind nicht das Maß aller Dinge. Sie dürfen nicht die Richtlinien der Politik bestimmen. Dagegen habe ich gestimmt, denn im Wahlkampf hatte ich plakatiert: **„ENTWAFFNET DIE FINANZMÄRKTE“**.

Dabei bleibe ich.

„UNSERE GRUNDPHILOSOPHIE DES PROGRAMMS VON 1998 IST GESCHEITERT!“

Von Schuldenbremsen, dem Selbstzweck kameralistischer Nullen, Milliarden für Premiumklassen und Ich-bin-dann-mal-weg Kapitalflüchtlingen berichtet Lisa Paus, die steuerpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, und kommt nicht nur zu dem Fazit, des Scheiterns unserer Programmphilosophie von 1998. Ein Blick auf die aktuelle Diskussion um die Euro-Bonds darf nicht fehlen. Mit Lisa Paus sprach unser Redakteur Oliver Münchhoff.

In Deutschland herrscht bald die Schuldenbremse. Das Grundgesetz sieht vor, dass die Haushalte von Bund und Ländern grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen sind. Bremst das?

LISA:

Grundsätzlich schon. Die öffentlichen Haushalte dürfen zukünftig kein strukturelles Minus machen, wobei die Länder strukturell überhaupt keine Schulden mehr machen dürfen und der Bund ein bisschen, nämlich 0,35 % des BIP. Hierbei ist es egal, ob das Minus unterbunden wird durch das Kürzen von Ausgaben oder das Erhöhen von Einnahmen - man kann an beiden Schrauben drehen.

Vor zwei Jahren verzeichneten wir im Rahmen der Finanzkrise einen Rückgang der wirtschaftlichen Leistung im nicht unerheblichen Maße, mit der Folge, dass Konjunkturpakete aufgelegt wurden. Darf der Staat jetzt noch Nachfrage auf dem Markt erzeugen?

LISA:

Nun, es handelt sich um eine Schuldenbremse für strukturelle Schulden: Wenn es konjunkturell richtig in den Keller geht, dann gilt die Schuldenbremse nicht zwingend. Bei mehr als 2 % Konjunkturminus kann sie auch ausgesetzt werden. Für konjunkturbedingte Schwankungen gibt es ein sogenanntes Kontrollkonto, ein bisschen wie ein Dispo-Kredit beim Giro-Konto. Allerdings muss dieses Konto über ein bestimmtes Zeitfenster wieder auf null zurückgefahren werden.

Mir ist dann insgesamt nicht ganz nachvollziehbar, warum es gerade auch bei uns nicht unerhebliche Bedenken gegen die Schuldenbremse gab und gibt.

LISA:

Die Grundidee der Schuldenbremse klingt in der politischen Kommunikation einfach, ist es allerdings in der praktischen Umsetzung leider nicht. Das Bundesfinanzministerium rechnet immer noch herum, welche Eckwerte es denn eigentlich anlegen will, um ein strukturelles Defizit zu definieren. Das strukturelle Defizit unterscheidet sich vom konjunkturellen rechnerisch nur dadurch, dass dabei ein Mittelwert aus mehreren Jahren gebildet wird. Und die einfach erscheinende Frage, ob die Zahl dann konjunkturbereinigt ist, also der Konjunkturverlauf richtig abgedeckt ist, kann niemand beantworten. Das Problem: Was passiert bei einer lang anhaltenden Rezession, denn dann greift wieder der Verfassungsauftrag, keine weiteren Einnahmen über Kredite zu generieren. Bei einem so starken Negativwachstum wie in der Krise 2008 wird die Regel klar ausgesetzt. Dümpelt allerdings die Konjunktur leicht negativ oder mit minimalem Wachstum vor sich hin, dann tritt sie wieder in Kraft und es muss normal ein ausgeglichener Haushalt ohne Neuverschuldung vorgelegt werden plus die extra-Schulden, die abgetragen werden müssen. Dieses Hinterher sparen würde uns dann immer tiefer in die Rezession treiben.

Die Wahl zwischen Steuer- und Kreditfinanzierung scheint letztlich die Frage ob Steuern jetzt oder später erhoben werden. Schafft die Schuldenbremse hier zumindest die Voraussetzung, dass Finanzierungskonflikte, nach dem Motto „wer zahlt wie viel von der Zeche“ nicht einfach in die Zukunft verlagert werden können?

LISA:

Jetzt wo sie neu eingeführt wird hat sie schon durchaus diese Wirkung und das finde ich auch gut. Es ist keine linke Politik, wenn Ausgaben, die heute notwendig sind, auf Pump finanziert werden, weil ich mich als Staat nicht traue, die Leistungsfähigen in diesem Lande angemessen an der Finanzierung der Öffentlichen Infrastruktur über Steuern zu beteiligen und ihnen stattdessen auch noch Zinsen dafür zahle, dass sie mir Geld leihen. Mit angemessenen Steuern korrigiere ich auch die wachsende Schere zwischen arm und reich - eben das Verteilungsproblem, das ganz grundlegend hinter den wachsenden Schuldenbergen steht. Und das ist besser für die zukünftigen Generationen.

Deswegen finde ich übrigens auch unseren Vorschlag für die Einführung einer Vermögensabgabe so wichtig. Er ist durchgerechnet und juristisch geprüft und würde genau vom reichsten 1 % der Bevölkerung bezahlt. Und er würde die krisenbedingte Erhöhung der Staatsverschuldung um ca. 100 Milliarden wieder zurückfahren.

Wir haben auch auf der Grundlage der Schuldenbremse den Grünen Dreiklang entwickelt, bestehend aus Ausgabenreduzierung, Subventionsabbau und Einnahmeverbesserung. Welche konkreten Ansätze liefert das Konzept?

LISA:

Als Finanzverantwortliche haben wir uns dem Prozess unterworfen, alle Ausgaben- und Einnahmenvorschläge abzuklopfen und abzugleichen. Zuerst sind wir Ausgabenkürzungen durchgegangen. In einigen Verwaltungsbereichen sehen wir Einsparpotential, zum Beispiel durch die Einführung einer Bundessteuerverwaltung oder Personalabbau beim Wasserschiffahrtsamt. Angesichts maroder Schulgebäude, gesperrter Hallenbäder und löchriger Straßen sind nicht nur in Berlin aber Ausgabenreduzierungen Grenzen gesetzt. Auch weil wir Grüne auf einer vernünftigen Infrastruktur bestehen und Bildung unterfinanziert bleibt. Das betrifft zudem den Umbau zu einer klimagerechten Wirtschaft. Es nützt uns nichts, wenn wir auf dem Papier eine schwarze Null im Sinne der Kameralistik haben, aber tatsächlich die soziale und ökologische Verschuldung erhöht haben. Beim Subventionsabbau haben wir etwa das Dienstwagenprivileg im Visier. Allein hier subventionieren wir letztlich die deutsche Automobilindustrie, und da vor allem die Premiumklasse, mit etwa 11 Milliarden Euro jährlich. Dazu gehört auch das Ehegattensplitting, mit dem letztlich die althergebrachte Alleinverdienerehe subventioniert wird. Hier freuen wir uns besonders, dass wir nicht mehr allein stehen: Inzwischen fordert sogar die OECD dazu auf, das Ehegattensplitting abzuschmelzen, weil es als das zentrale Hindernis für eine gleichberechtigte Erwerbsbeteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt ausgemacht wurde.

Und die Einnahmeseite? Die Einführung der Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkommen von 25 % war nun nicht gerade ein Ruhmesblatt!

LISA:

Diesen Beschluss der großen Koalition wollen wir rückgängig machen, denn die Einführung der Abgeltungssteuer war falsch. Warum soll leistungsloses Einkommen geringer besteuert werden als Arbeitseinkommen? Das ist niemandem zu vermitteln. Übrigens habe ich bei meinen bisherigen Gesprächen mit Steuerberatern und Wirtschaftsvertretern in den vergangenen zwei Jahren auch niemanden gefunden, der die geltende Regelung in Deutschland behalten will. Dennoch will die Bundesregierung aktuell mit der Schweiz ein Steuerabkommen abschließen, dass unter anderem diese Regelung zementieren will. Ich hoffe, die SPD bleibt an unserer Seite, das Abkommen zu verhindern.

Haut dann nicht das Kapital einfach ab, so dass eine Abgeltungssteuer ganz nach dem Motto „25 % von x ist besser als 42 % von nix“ doch Sinn macht?

LISA:

Nicht nur in diesem Punkt hat Herr Steinbrück Unsinn geredet. Außerdem hat sich die Welt in dieser Hinsicht tatsächlich ein bisschen zum Positiven entwickelt. Auf der europäischen Ebene gibt es inzwischen die sogenannte Zinssteuerrichtlinie, die insbesondere unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Union automatische Kontrollmitteilungen vorsieht. Das Einfach-mal-abhauen ist gar nicht mehr so einfach. Aufgrund der Wirtschafts- und Schuldenkrise ist weltweit eine Tendenz zu verzeichnen, dass Reiche mehr beitragen sollen zum Steueraufkommen. Das zeigt sich auch in Großbritannien und den USA. Es gibt zwar noch Steueroasen, aber es sind weniger und es ist schwieriger geworden. Deutschland sollte diese Trendumkehr forcieren und nicht torpedieren.

Bei der Einkommenssteuer planen wir eine Erhöhung des Grenzsteuersatzes auf 49 %, wobei dieser bei etwa 68.000 Euro bzw. 80.000 Euro greifen soll – da freut sich der Steuerzahler.

LISA:

Warum wir es notwendig finden, unliebsame Steuererhöhungen zu planen? Auch um sich deutlich von den Steuersenkungsphantasien der FDP abzugrenzen sind wir es unseren Wählerinnen und Wählern schuldig, keine Ver-

sprechen ohne Gegenfinanzierung zu machen. Wenn wir starke Schultern belasten wollen, sind wir bei der Einkommenssteuer. Es ist richtig, den Spitzensteuersatz auf 49 % anzuheben, auch mehr wäre denkbar. Allerdings ist die Erhöhung des Spitzensteuersatzes noch kein Einkommensteuerkonzept. Selbst mit einem Spitzensteuersatz von 49 % wirkt unser Steuer- und Abgabensystem regressiv. Auch die Sekretärin in Deutschland hat eine höhere Steuer- und Abgabenlast als ihr Chef – nicht nur die von Warren Buffett. Aber Steuergerechtigkeit braucht nicht nur den richtigen Steuersatz ganz oben sondern auch ganz unten, und auch die richtige Systematik dazwischen, wobei auch die Sozialabgabenbelastung zu berücksichtigen ist. Egal, was wir beschließen, einen überzeugenden Tarifverlauf haben wir damit nicht. Dieser Beschluss ersetzt kein Einkommensteuerkonzept, sondern schafft eine fiskalisch definierte zusätzliche Einnahme. Nicht weniger, aber auch nicht mehr.

Absenkung des Spitzensteuersatzes von 53 auf 42 % plus einer zahnlosen Reichensteuer von 45 %, Abschaffung der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen der Kapitalgesellschaften – wie ist es da eigentlich vermittelbar, dass unter einer künftigen rot-grünen Regierung nicht wieder ein Umverteilungsprozess initiiert wird, wie er schon einmal stattgefunden hat?

LISA:

Unsere Rückkehr zu einem höheren Spitzensteuersatz von 49 % ist nicht einfach nur die Rückkehr zum vorher. Das ist auch die logische Konsequenz daraus, dass unsere Grundphilosophie des Programms von 1998 gescheitert ist und wir jetzt eine andere verfolgen. 1998 versprach das grüne Programm eine einfache, gerechte und aufkommensneutrale Einkommensteuerreform durch Spitzensteuersätze runter, Bemessungsgrundlage verbreitern, Steuerschlupflöcher stopfen. Und dann haben wir den Spitzensteuersatz gesenkt, mussten aber am Ende der Beratungen feststellen, dass aus tausend guten Gründen die Bemessungsgrundlage nicht wirklich breiter geworden ist. Das hat also nicht funktioniert. Das wissen wir. Und wer unseren Beschlüssen der BDK in Kiel trotzdem nicht traut, der glaubt uns vielleicht dieses: Wir sind fest davon überzeugt, dass in der europäischen Staatsschuldenkrise nur die Partei Vertrauen gewinnt, die solide finanzierte Reformvorschläge vorlegen

kann. Sollen dabei Klima, Bildung und soziale Gerechtigkeit nicht unter die Räder kommen: Dann führt schlicht kein Weg an Steuererhöhungen nach Leistungsfähigkeit vorbei.

Du sprichst von einer europäischen Finanzkrise. Warum seid Ihr eigentlich so sehr für Eurobonds, die bei vielen die Befürchtung auslöst, Schuldnerstaaten müssten ihren Schuldendiensten nicht mehr nachkommen. Machen die nicht nur insbesondere durch höhere Zinsbelastungen aller nicht alles, also vor allem die Schuldendienste noch teurer?

LISA:

Die Sorgen verstehe und teile ich. Warum sind wir trotzdem für Eurobonds? Nicht weil sie endlich nun die Bazooka wären, mit denen alle Probleme gelöst sind. Aber sie können wirklich einen wichtigen stabilisierenden Beitrag leisten. Richtig eingeführt müssen sie es für uns auch nicht teurer machen. Es kommt sehr auf das Wie und nicht auf das Ob an. Konkret sind es drei Gründe, die für Eurobonds sprechen. Erstens sind Eurobonds die einzig glaubwürdige Antwort auf die Spekulation gegen große Eurostaaten. Der EFSF wird mit keinem Hebel der Welt Spanien, Italien oder Frankreich retten können. Zweitens und uns eigentlich sogar wichtiger: Nur mit Eurobonds können potenzielle Bankinsolvenzen von Staatsinsolvenzen getrennt und damit der europäische Teufelskreis zwischen Banken und Staaten durchbrochen werden. Und drittens: Eurobonds mit harten Stabilitätsregeln und begrenzter gemeinschaftlicher Haftung schaffen wieder eine sichere Geldanlage, nicht nur für Banken und Versicherungen, sondern auch für eine Oma, von der niemand beim Geldanlegen verlangen kann, die Finanzpolitik von Staaten auf die nächsten 10 Jahre vorher zu analysieren. Wir sind inzwischen übrigens nicht mehr allein mit dieser Forderung. Der Sachverständigenrat der Bundesregierung und die EU Kommission haben inzwischen konkrete Vorschläge entwickelt.

Lisa, herzlichen Dank für das offene Gespräch.

Lisa Paus, Mitglied des Bundestages, Obfrau des Finanzausschusses, Mitglied im Europaausschuss und die stellvertretende Koordinatorin des Arbeitskreises 1 (AK1)



© Oliver Münchhoff

Euro, der:

seit 1.1. 1999 Währung von zunächst elf und derzeit 17 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Griechenland ist der Währungsunion am 1.1.2001 beigetreten. Die Einführung des Bargeldes erfolgte zum 1.1.2002.

Es gibt sieben Euroscheine im Wert von jeweils 500, 200, 100, 20, 10 und 5. Die Abbildungen symbolisieren das architektonische Erbe Europas. Die Vorderseite jeder Banknote zeigt Fenster und Portale, die die Offenheit und Zusammenarbeit der Europäischen Union symbolisieren sollen. Die Rückseite zeigt eine Brücke aus je einer bestimmten Epoche und soll die Verbindung der europäischen Völker untereinander und mit dem Rest der Welt symbolisieren.

Es gibt acht Euromünzen, auf deren Bildseite die Karte der Europäischen Union dargestellt ist. Die Rückseite kann jedes Mitgliedstaat nach Belieben gestalten. Derzeit ist die Währung ~ Objekt unterschiedlichster Rettungsmaßnahmen. (om)

EZB, die = Europäische Zentralbank

ist das Beschlussorgan des Europäischen Systems der Zentralbanken. Der ~ -Rat, dem die Mitglieder des Direktoriums der ~ sowie die Präsidenten der Nationalen Zentralbanken angehören, erlässt Leitlinien zur Erfüllung der Aufgaben des Systems und legt die Geldpolitik fest. Eines der primären Ziele des Europäischen System der Zentralbanken ist die Gewährleistung der Preisstabilität, von der die ~ bei einer Inflationsrate von unter zwei Prozent spricht. Seit Mai 2010 erwarb die ~ Staatsanleihen von mehr als 160 Milliarden ->Euro und sieht sich dem Vorwurf einer indirekten Staatsfinanzierung ausgesetzt, dem offiziell entgegengehalten wird, Ziel sei eine stabile Geldpolitik. Theoretisch besitzt die ~ ein unbegrenztes Finanzierungsvolumen, weil das benötigte Geld selbst erzeugt werden kann – Problem der sogenannten Schuldenbekämpfung mit der Notenpresse. (om)

Griechen, die

sind derzeit als Volksgruppe Objekt vielfacher Zuschreibungen insbesondere der Boulevardpresse. (om)

Titel



18. SEPTEMBER 2011: 17,6%

WIR SIND IN DEN WAHLKAMPF MIT VIELEN HOFFNUNGEN, ERWARTUNGEN UND GROSSEN ZIELEN GESTARTET. UND WIR SIND GELANDET: MIT EINEM GEWINN VON 4,5 %. DIE ENTTÄUSCHUNGEN, DIE SICH AUS DEM WAHLKAMPF ERGABEN, SOLLEN IN DIESER AUSGABE HIER IHREN NIEDERSCHLAG FINDEN UND DAMIT AUCH SCHON ANSÄTZE FÜR WEGE EINER GEMEINSAMEN ZUKUNFT AUFZEIGEN.

11 THESEN ZUR WAHL AUS DER FROSCHPERSPEKTIVE

von Rainer Rudolph

Vielleicht sind ja die Gedanken eines einfachen Mitgliedes auch ein Beitrag zur Klärung. Zunächst möchte ich aber sagen, dass ich den Wahlkampf und das Ergebnis nicht für schlecht oder eine Katastrophe halte. Es ist nur sehr enttäuschend. Es fing ja so schön an. Plötzlich hatten wir in Umfragen 30%

THESE 1: Wir haben uns von den Umfragen Besoffen machen lassen und vergessen, das politische Handwerkszeug anzuwenden.

Es brach Euphorie aus und wir sind zu langsam wieder Nüchtern geworden. Wir wollten eine Regierende Bürgermeisterin stellen aber:

THESE 2: Die Entscheidung eine Bürgermeisterkandidatin zu haben, implizierte die Option notfalls mit der CDU zu regieren, falls Wowereit nicht freiwillig geht. Dies war der erste massive Fehler. Grün-Rot hat zu keiner Zeit jemand an den Wahlständen ernst genommen. Aber Rot-Grün ohne Wowereit würde die SPD niemals akzeptieren. Das hätten wir früher beachten sollen. Deshalb:

THESE 3: Viel zu spät haben wir unseren Selbstbetrug durchschaut. Schon Wochen früher hätten wir erkennen müssen, das wir nur der Juniorpartner der SPD werden können, die Spitzenkandidatin zurückziehen, auf Anti-Wowereit Wahlkampf verzichten und einen konsequent pro-Rot-Grünen Wahlkampf führen sollen.

BEZÜGLICH DES WAHLKAMPFES VOR ORT VIEL MIR FOLGENDES AUF:

THESE 4: Wir hatten zu viele Köpfe und zu wenig Sprüche. Es hat uns nicht genug von anderen Parteien unterschieden. Wir sind keine Partei eines reinen Personewahlkampfes.

Das heißt nicht, dass wir nicht Köpfe kleben sollen, die Menschen wollen schon wissen wen sie wählen.

THESE 5: Es war auf den Straßen oder den Medien sehr wenig Originelles oder typisch Grünes auszumachen.

THESE 6: Unser Programm war thematisch sehr breit aber auch an zu vielen Stellen sehr dünn. Der erste interne Frust

kam auf, als die Landarbeitsgemeinschaften (LAG) so wenig eingebunden wurden.

THESE 7: Es fehlte an einem zündenden Schlagwort oder Projekt. Die 10 Grünen Aussagen waren zirka 7 zu viel, um wirksam zu sein. Ein oder zwei ehrgeizige und plakative Statements wie „Wir wollen Klimahauptstadt Europas werden“ fehlten als Zentrum.

THESE 8: Wir haben es nicht rechtzeitig geschafft, auf das aufkommende Thema Mieten zu reagieren. Es war aber schon sehr früh an den Ständen präsent. Möglicherweise braucht ein Wahlkampf auch einen Feedback-Kanal nach oben, nicht nur Meinungsumfragen.

Und dann haben wir das beste Ergebnis erreicht, das die Berliner BündnisGrünen je hatten. Und warum haben wir jetzt keine Rot-Grüne Koalition? Was haben wir falsch gemacht nach der Wahl?

THESE 9: Wenig. Wowereit war einfach schlauer als wir. Wir haben das Stöckchen „A100“ ausgegraben und er hat es uns hingehalten und wir sind rüber gesprungen. Aber es hätte auch ein anderes Stöckchen sein können. Vermutlich war ihm die Mehrheit zu knapp und wir zeigen ihm gerade, dass er Recht hatte.

UND DIE PIRATEN?

THESE 10: Die Piraten zeigen uns, das wir Mainstream geworden sind. Sie zeigen uns daß wir programmatisch nicht mehr „vorne“ stehen. Und sie zeigen uns, daß wir nicht mehr originell sind, sondern „alt“ aussehen.

UND WAS SOLLEN WIR NUN WEITER TUN?

THESE 11: Mehr programmatische Arbeit. Die Gesellschaft und die anderen Parteien nehmen inzwischen Teile unserer Standpunkte ein. Jeder ist ein bisschen grün geworden. Wir müssen identifizieren, was heutzutage „Vorne“ bedeutet. Wir müssen dem Mainstream wieder voran gehen und herausfinden was „ökologisch, basisdemokratisch und gewaltfrei“ in Zukunft bedeutet.

Der Autor ist Basismitglied des KV Charlottenburg-Wilmersdorf

© Oliver Münchhoff

DIE ARBEIT BEGINNT JETZT!

von Bettina Jarasch und Daniel Wesener

Wir Grünen bieten der Stadt gerade ein trauriges Bild. Und das nach einem Wahlkampf, in den wir mit so vielen Hoffnungen und Erwartungen wie nie zuvor gestartet sind, und der uns alle unglaublich viel Kraft gekostet hat. Die Enttäuschung, der Frust macht sich Luft. Konflikte und Versäumnisse, die vom Wahlkampf überdeckt wurden, treten umso deutlicher zutage. Das ist alles nicht überraschend. Für unseren Landesverband stellt sich aber desto drängender die Aufgabe, eine gemeinsame Grundlage zu schaffen, auf der sich unsere Partei neu aufstellen kann; eine Grundlage, die uns die nächsten Jahre und auch in den nächsten Wahlkämpfen trägt.

Als Landesvorsitzende sind wir überzeugt davon, dass eine solche Grundlage – ein neuer Grundkonsens über unseren Oppositionskurs als grüne Großstadtpartei – nur dann entstehen kann, wenn wir die hinter uns liegenden Monate sehr genau auswerten, ohne Angst davor, dass diese kritische Analyse auch zahlreiche Fehler zutage fördert, die wir uns selbst zuzuschreiben haben.

„Wir“ sind zum einen wir alle, denn wir stellen fest: Schuldzuweisungen an einzelne Personen verdecken mehr, als sie erklären. Die Fehler, die wir in diesem Wahlkampf gemacht haben – Entscheidungen, die wir getroffen oder auch versäumt haben – weisen zum großen Teil auf uns selbst und die Aufstellung unseres Landesverbandes zurück. Daran zu arbeiten, ist die große Aufgabe der nächsten Monate und Jahre. Wir müssen die politischen, organisatorischen und konzeptionellen Voraussetzungen schaffen, die uns in diesem Wahlkampf gefehlt haben.

Zugleich tragen einige von uns aufgrund ihrer Ämter und Funktionen natürlich eine größere Verantwortung als andere. Wir als Landesvorsitzende wissen mittlerweile sehr genau, wo auch wir Fehler gemacht haben. Der Landesvorstand hat fünf Thesen zur Wahlkampf-Auswertung verabschiedet. Die möchten wir hier vorstellen und zugleich benennen, wo wir unsere persönliche Verantwortung oder auch Versäumnisse sehen und woran wir aus unserer Sicht arbeiten müssen:

1. WIR HATTEN KEINE GESAMTSTRATEGIE, die berücksichtigt, dass ein Wahlkampf auf der Strecke gewonnen werden muss und eine bestimmte Dynamik hat. Eine fundierte frühzeitige Analyse der Ausgangslage und der WählerInnenpotentiale hat nicht stattgefunden. Wir hatten zu wenig Wissen darüber, wer eigentlich die bis zu 30 Prozent WählerInnen sein könnten, die uns in Umfragen zustimmten. Wir konnten auf externe Faktoren und Umstände nicht adäquat reagieren und hatten auch nicht rechtzeitig einen Plan B parat, z.B. als die Umfragewerte immer weiter absackten und die Koalitionsfrage immer mehr zur Belastung wurde.

2. WIR HATTEN KEINE DRAMATURGIE DAFÜR, wie wir unsere Spitzenkandidatin mit unseren Themen im Wahlkampf verbinden können; sie blieb deshalb die „Dame ohne Unterleib“. Zudem waren viele unserer Konzepte nicht konkret und zugespitzt genug. Deshalb war es an den Ständen trotz 230 Seiten Wahlprogramm bis zuletzt schwer, in wenigen Worten zu erklären, was Grüne anders machen würden und wofür wir bzw. Renate eigentlich stehen.

WIR BRAUCHEN EIN LEITBILD FÜR GRÜNE POLITIK FÜR BERLIN, das die nächsten Jahre trägt, und benötigen dafür einen strukturierten Debattenprozess, der echte oder vermeintliche ideologische Widersprüche angeht, die Diskussionskultur stärkt, innovative politische Konzepte hervorbringt und neue Themen für Grüne erschließt.

3. JEDER WAHLKAMPF BRAUCHT EIN STRATEGISCHES ZENTRUM. Wir haben nicht geklärt, welche Entscheidungen wir abgeben und welche wir in welchen Gremien selbst treffen. Wir haben Renate viel überlassen, uns dadurch aber auch ein Stück weit selbst entlastet. Die Fünfer-Runde aus Spitzenkandidatin, Fraktions- und Landesvorsitzenden hat sich zu spät als Führungsgruppe zusammen gefunden und ihre Position innerhalb der vorhandenen Strukturen blieb undeutlich. Die Basis wusste häufig nicht, wer eigentlich weshalb bestimmte Entscheidungen getroffen hat. Da die Kommunikationswege nicht klar definiert waren, fühlten sich große Teile der Partei nicht eingebunden.

© Oliver Münchhoff

Diese Einbindung wäre gerade auch unsere Aufgabe als Landesvorsitzende gewesen. Das haben wir viel zu wenig getan – zum einen, um die Kooperation innerhalb der Führungsgruppe nicht zu gefährden. Zum anderen, weil wir selbst als Teil der Wahlkampfmaschinerie die meiste Zeit damit beschäftigt waren, diese Maschine irgendwie am Laufen zu halten. Im Rückblick wäre es besser gewesen, wir hätten dort, wo wir Fehlentwicklungen erkannt haben, auf einer Korrektur bestanden, anstatt uns immer weiter „im Hamsterrad“ zu bewegen.

Durch die unklare Struktur und die mangelhafte Einbindung fehlte vielen Entscheidungen dann auch die Akzeptanz. Wir brauchen für Wahlkämpfe demokratisch legitimierte Strukturen, die sowohl entscheidungsfähig sind als auch die stetige Rückkopplung mit der Basis gewährleisten.

4. UMFRAGEWERTE VON 30 PROZENT MACHEN UNS (NOCH) NICHT ZUR VOLKSPARTEI. Wir stehen jetzt vor der Aufgabe, unsere Arbeitsweise und organisatorische Aufstellung an unser Wachstum und unsere neue Rolle anzupassen, damit wir mit besseren Voraussetzungen in den nächsten Wahlkampf gehen. Dazu gehören auch Formate und Kommunikationsformen, die den kontinuierlichen Austausch mit gesellschaftlichen AkteurlInnen gewährleisten.

5. WIR HABEN EINEN WAHLKAMPF GEMACHT, der die Stadt, unsere Wählerinnen und Wähler und unsere Kandidatin nicht richtig zusammen gebracht hat. Bei der Wahlkampagne hat uns der Mut gefehlt, selbstbewusst eine Grüne Linie zu präsentieren. Wir kamen mit einer Anmutung daher, die weder zu uns gepasst noch die passende Geschichte über uns oder die Kandidatin erzählt hat. Weder haben wir damit die „klassischen“ Erwartungen an uns erfüllt noch überzeugend dargestellt, dass auch eine Grüne Partei mit 30 Prozent-Umfragewerten anders ist als andere Parteien dieser Größe. Damit haben wir nebenbei eine Steilvorlage für die Piraten geliefert.

17,6 % DER WÄHLERINNEN HABEN UNS IHRE STIMME GEGEBEN – trotz unserer Fehler und Versäumnisse. Deren Hoffnungen dürfen wir nicht enttäuschen, gerade in Zeiten einer rot-schwarzen Koalition, die den kleinsten gemeinsamen Nenner und den Erhalt des status quo zum Regierungsprogramm erhoben hat. Gerade jetzt braucht Berlin eine ideenreiche und profilierte grüne Oppositionsführerschaft, die Alternativen aufzeigt und engagiert für eine andere Stadtpolitik streitet. Diese Arbeit beginnt jetzt – genauso wie unsere Aufstellung für die nächsten Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen. Wenn es uns gelingt, durch den letzten Wahlkampf klüger zu werden, ist das die beste Voraussetzung für grüne Erfolge in der Zukunft.

Bettina Jarasch und Daniel Wesener
Landesvorsitzende von Bündnis 90/DieGrünen Berlin



BDK 2011 – ANTWORT: GRÜN – Kieler Erfolg

„WIR HABEN ZU WENIG MUT GEHABT, GRÜN ZU BLEIBEN“

Volker Ratzmann berichtet über seine Eindrücke und sein Fazit des Berliner Wahlkampfes. Volker war im engeren Wahlkampfstab und Beteiligter der Verhandlungskommission mit der SPD zur Bildung einer Regierung. Mit Volker sprach unser Redakteur Ronald Wenke.

17,6% - ist das eigentlich ein Erfolg oder eine Niederlage?

VOLKER:

Gefühlt ist es ein Misserfolg gemessen an unseren eigenen Zielen. Objektiv ist es natürlich ein Erfolg, über den sich jede andere Partei gefreut hätte: +4,5%, 6 Mandate dazugewonnen, stärkste Oppositionspartei. Aber: Wir sind hoch gestartet und haben die Latte selbst sehr hoch gelegt. In der Partei, aber auch bei unseren Wählern, wird dieses Ergebnis als Misserfolg wahrgenommen – dem müssen wir Rechnung tragen.

Woran hat es gelegen, dass es nicht mehr geworden ist?

VOLKER:

Zusammenfassend: Wir haben zu wenig Mut gehabt, Grün zu bleiben. Wir haben zu wenig verstanden, den grünen Esprit aus anderen Wahlkämpfen – im Auftritt, bei den Plakaten, bei Aktionen – mit dem Anspruch zu verbinden, Führung zu übernehmen. Wir haben geglaubt, dass, wenn man die Regierende Bürgermeisterin stellen will, man dies auf eine bestimmte Art und Weise tun müsse. Es ist jetzt unsere Aufgabe, den Anspruch die politische Hegemonie in der Stadt und im Land zu erringen, zu verbinden mit eigenen Auftreten und Inhalten.

Können Grüne nur durch Zufall stärkste Kraft werden wie in Baden-Württemberg?

VOLKER:

Nach diesem Wahlkampf würde ich sagen: im Moment ja. Ich würde zwar nicht das Wort Zufall verwenden. Besser ist die „Kretschmannsche Formel“: Das Amt muss zur Partei kommen. Es fehlt uns noch die Selbstverständlichkeit, den Machtanspruch, der damit verbunden ist, auch authentisch rüberzubringen, dabei Grün zu bleiben. Es ist richtiger, als Grüne zu sagen: wir treten mit einer Spitzenkandidatin an und schauen wie weit wir kommen. Wir spielen nicht nur

auf Sieg, sondern auch auf Platz – und bleiben wir selbst. Sollten die Grünen denn die neue Volkspartei werden?

VOLKER:

Nein, das sollen sie nicht werden. Für mich ist der Erfolg der Piraten die Antwort auf diese Frage. Unsere Wählerinnen und Wähler – und auch die Gesellschaft – wollen nicht eine weitere SPD oder CDU mit anderem Inhalt wählen. Wir sollten nicht präsidial und staatstragend daherkommen, sondern unbequem, fragend, mit Esprit. Gerade vor dem Hintergrund der weltweiten Entwicklung müssen wir das tun. Unsere Inhalte sind richtig – wir müssen noch um die richtige Form ringen.

Waren wir also im Wahlkampf zu sehr SPD und CDU?

VOLKER:

Wir haben zugelassen, dass wir so wahr genommen wurden. Wobei die Verantwortung nicht bei der Agentur liegt – die ist nur so gut, wie die Vorgaben, die sie von uns bekommen hat. Ich fand im Übrigen auch, dass unser Berlin-Bild zu negativ war – wir haben zu wenig visualisiert, wie unsere positive Vorstellung von Berlin sein soll.

Du warst im Wahlkampf die Person hinter Renate Künast – eine Art Schattenwirtschaftssenator. Aber es gab nie ein Schattenkabinett. Warum eigentlich nicht?

VOLKER:

Das war ein Fehler. Ich war immer ein Fan davon, dass es ein Schattenkabinett geben soll. Wir haben es schlicht nicht geschafft, es umzusetzen.

Eine weitere umstrittene Frage war die zu den Koalitionsoptionen. Haben wir zu lange gewartet, Schwarz-Grün abzusagen? Oder war es eher ein Fehler, es überhaupt abzusagen?

VOLKER:

Wir mussten uns irgendwann entscheiden. Die Grün-Schwarz-Debatte und die Art und Weise wie sie von der SPD gespielt wurde, war wie ein Leck im Boot, durch das immer mehr Wasser einlief. Wir mussten den Deckel drauf machen. Der strategische Fehler lag am Anfang: wir haben



einen Anspruch formuliert, der nur funktioniert hat, solange wir vor der SPD lagen. Als das nicht mehr der Fall war, wurden durch die Koalitionsdebatte alle inhaltlichen Fragen überlagert. Und wir haben sie nie mit inhaltlichen Fragen verknüpft: Was geht eigentlich mit der CDU? Was geht mit der SPD im Zweifel nicht? Die Formel von den größeren Schnittmengen war trügerisch: im Moment sehen wir, dass die SPD mit der CDU die größeren Schnittmengen hat. Wir haben uns in eine strategische Zwickmühle begeben. Wir müssen – und das ist eine Lehre – auch auf Platz spielen können und nicht nur auf Sieg.

Die Öffnung zum bürgerlichen Lager ist stark mit Dir verbunden. Wurde in den vergangenen fünf Jahren zu sehr auf die Option CDU gebaut?

VOLKER:

Wir waren – wir sind! – in der Opposition zur SPD. Die Öffnung zum bürgerlichen Lager hängt ja nicht nur damit zusammen, dass man mit Messer und Gabel essen kann. Ich glaube, dass unsere Oppositionspolitik ein Symbol dafür war, nicht starr an der SPD hängen. Wir müssen endlich weg von den Koalitionsdebatten kommen. Mir geht es darum, die inhaltlichen und gesellschaftlichen Fragen zu lösen. Zur Lösung der ökologischen Frage brauchen wir nun einmal die wirtschaftlichen Akteure, die sich eher im bürgerlichen Lager verorten. Ich muss und will sie aber als Partner gewinnen. Jede Firma die ein ökologisches Problem löst ist mein Partner. Ich will eine grüne Wirtschaftspolitik und eine grüne Industriepolitik und brauche dafür die Institutionen.

Was heißt das für die zukünftige Strategie?

VOLKER:

Eigentlich haben wir jetzt die ideale Möglichkeit unsere Strategie der Eigenständigkeit unter Beweis zu stellen. In der letzten Legislaturperiode war immer klar, dass Oppositionspolitik gegen die SPD immer auch die Gefahr mitbrachte mit der CDU identifiziert zu werden. Jetzt können wir in der Abgrenzung zu beiden als größte Oppositionspartei zeigen, wie das grüne Berlin für uns aussieht. Wir

müssen die Puzzleteile jetzt zusammenführen: Wie lösen wir die energetische Sanierung und die soziale Frage? Wie bekommen wir eine Haushaltskonsolidierung und die notwendigen Investitionen hin? Wie können wir die Frage der Inneren Sicherheit aus der Bürgerrechtsperspektive neu definieren, ohne dass die Menschen die Sorge haben, dass es unsicherer wird mit Grünen? Das ist unsere Aufgabe in Abgrenzung zu den beiden anderen. Umso bedauerlicher sind unsere momentanen internen Schwierigkeiten in dieser Situation.

Am Ende wird in fünf Jahren wieder die Machtfrage stehen: mit wem macht ihr es denn? Wird es Essen mit Piraten und Linken geben?

VOLKER:

Ich gehe auch mit Linken und Piraten essen, wenn wir uns auf ein Gericht einigen können. Natürlich machen wir auch wieder eine Bündnispolitik in der Opposition. Aber ich will keine Ausschließlichkeit. Es kommt darauf an, mit wem wir die meiste grüne Politik umsetzen können – das galt in der letzten Legislaturperiode, das gilt jetzt. Man braucht dazu die Programme, die Menschen die miteinander können und wir brauchen gesellschaftliche Akzeptanz. Die Partei muss jetzt sehr schnell klären, wie der Oppositionskurs aussehen soll. Ich stehe für einen Kurs der Eigenständigkeit: Haushalt, Bildung, Sicherheit, Wirtschaft, Integration. Die Alternative ist wieder ausschließlich zum parlamentarischen Arm der APO zu werden, der Entrechteten, der Benachteiligten? Das ist - überspitzt gesagt – der Politikentwurf, den die parlamentarische Linke hier vertritt.

Du hast für Dich die Konsequenz gezogen, den Fraktionsvorsitz niederzulegen. Wie kam es dazu?

VOLKER:

Der gefühlte doppelte Wahlmisserfolg hat dazu geführt, dass die im Wahlkampf verdeckten Gräben aufgerissen wurden. Einige haben jetzt ihr Chance gewittert, unsere bisherige Linie der Eigenständigkeit zu revidieren und sich vor allem die Führungspositionen zu sichern. Der Richtungsstreit hat sich aber zunehmend personalisiert. Ich will

GRÜNE

ihn aber inhaltlich führen. Und deshalb habe ich mich entschieden, ein Schritt beiseite zu treten und nicht mehr mit dem Geschachere um Posten in Verbindung gebracht zu werden. Das war mir zuwider. Ich war aber auch fassungslos, dass so etwas passieren konnte. Dass 14 Leute in der Fraktion tatsächlich die interne Postenverteilung wichtiger fanden als einen starken Auftritt als Oppositionsführer, dass 14 Leute bereit waren zu akzeptieren, dass der Lebenspartner des Landesvorsitzenden nach dem Fraktionsvorsitz greift, ohne das wenigstens mal offen zu thematisieren. Ich habe das nicht kommen sehen und entschärft. Das ist meine Verantwortung. Deshalb bin ich gegangen.

Wie kann eine geschlossene Fraktion wieder entstehen?

VOLKER:

Durch eine schnelle Besetzung der offenen Positionen, durch eine schnelle Annahme der Oppositionsrolle und

durch inhaltliche Arbeit. Rot-Schwarz konnte sich weitgehend unbehelligt von uns etablieren. Wir haben was zu sagen zu dieser Mut- und Ideenlosigkeit Wowereit'scher Politik. Es drohen weitere fünf verlorene Jahre.

Welche Rolle siehst Du für Dich persönlich in der Fraktion und der Partei?"

VOLKER:

Ich will das bewahren, was wir im Wahlkampf neu erschlossen haben. Ich glaube, ich habe mit 300 Unternehmerinnen und Unternehmern geredet, zugehört, ihre Ideen kennen- und schätzen gelernt. Daran will ich weiter arbeiten. Und ich will den Richtungsstreit in der Partei klären. Und dann schauen wir mal.

Herzlichen Dank für das Gespräch

BLEIBEN

DREI GRÜNDE FÜR DAS VERFEHLEN DES WAHLZIELS

von Eckard Holler

1. Die Spitzenkandidatin sollte, um glaubhaft zu sein, in der lokalen Politik Berlins verankert sein und nicht nur kurz einmal hereinschauen. Auch im Fall einer Wahlniederlage müsste sie bereit sein, nun eben in der Opposition, ihre politischen Ziele weiterzuverfolgen. Arrogant wirkt, wer nur die Spitzenposition anstrebt und sich für die "niedere" Arbeit zu schade ist.

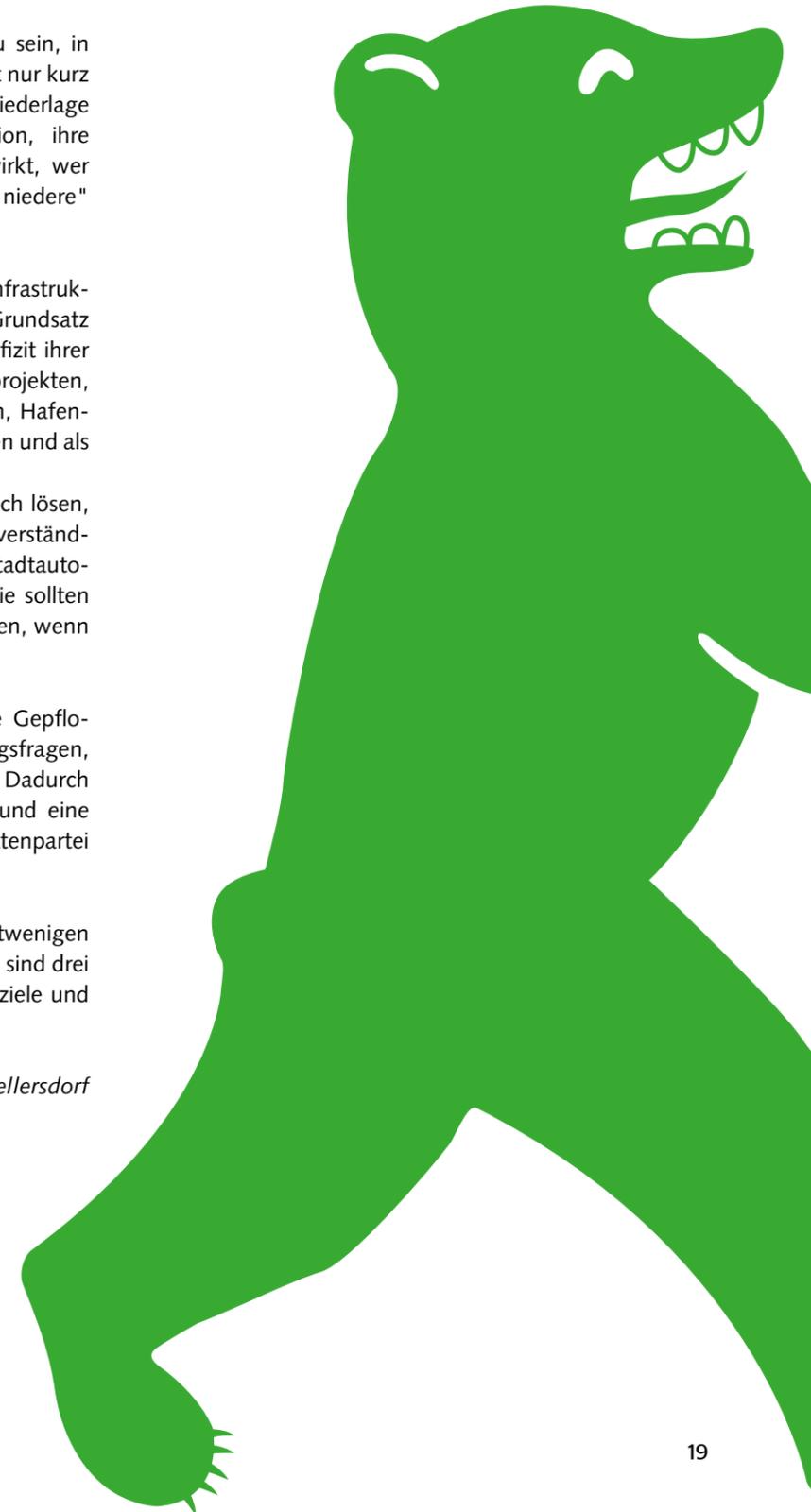
2. Die Grünen sollten ihre Haltung zu "großen" Infrastrukturprojekten überdenken und sich von dem Grundsatz "Only small is beautiful" trennen. Es ist ein Defizit ihrer Politik, dass sie bei Großprojekten wie Autobahnprojekten, Sportstättenbau, Großstadtbahnhöfen, Flughäfen, Hafenausbau usw. regelmäßig in Schwierigkeiten geraten und als Verhindererpartei verschrien sind.

Die Grünen sollten insbesondere den Widerspruch lösen, dass sie selbst gern Auto fahren und dafür selbstverständlich die Autobahn, in Berlin natürlich auch die Stadtautobahn, benutzen, sie aber politisch ablehnen. Sie sollten sich auch nicht vor einem Straßenneubau drücken, wenn er verkehrstechnisch notwendig ist.

3. Die Grünen sind im Begriffe, sich zu stark an die Gepflogenheiten des etablierten Politikbetriebs (Kleidungsfragen, Frisuren, Habitus, Sprachgebrauch) anzupassen. Dadurch haben sich von ihrer bisherigen Basis entfernt und eine früher von ihnen besetzte Position an die Piratenpartei verloren.

Arrogantes Auftreten, Ignoranz gegenüber notwendigen Infrastrukturprojekten und angepasstes Verhalten sind drei Gründe für das Nichterreichen der Berliner Wahlziele und die derzeitige Krise der Partei.

Der Autor ist Mitglied im KV Marzahn-Hellersdorf



It's the strategy, stupid!

von Katrin Schmidberger

Der Wahlkampf in Berlin war ein Novum in der grünen Geschichte. Erstmals haben wir Grüne Anspruch auf das Bürgermeisteramt erhoben. Auch wenn wir uns damit eine blutige Nase geholt haben, er war richtig! Nicht unsere Wahlziele waren das Problem, auch nicht unsere Kandidatin, sondern unsere Wahlkampfstrategie. Hier muss die Fehlersuche beginnen.

Hinter dieser Strategiestand ganz offensichtlich die Idee, neben den Grünen StammwählerInnen und den rot-grünen WechselwählerInnen, Zugewinne aus dem konservativen-bürgerlichen Lager zu erzielen. Nur diese Orientierung würden es uns erlauben, vor der SPD zu landen, so das Kalkül. Auf dieses WählerInnenpotential, wurden sowohl die Wahlkampfstrategie, als auch die Inhalte ausgerichtet. Der Versuch ging gründlich schief. Warum?

Berlin ist nicht Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg war es den Grünen in der Tat gelungen, signifikant vormalige WählerInnen der CDU für sich zu gewinnen. Berlin ist dagegen eine linksalternative Stadt. 2006 holten CDU und FDP zusammen gerade noch 28,9 Prozent. Das linke Lager kam auf doppelt so viele Stimmen. Aus diesem auf seinen harten Kern zusammengeschmolzenen konservativen Lager gab es für uns keine Stimmen zu holen. Und in der Tat: haben wir nur 2000 Stimmen von CDU und FDP hinzugewonnen. Cool waren die Anderen!

Vor allem aber hat uns die Fokussierung auf vermeintlich bürgerliche Wähler aus der Mitte in den inhaltlich angepassten, optisch biedersten Wahlkampf getrieben, den Grüne je irgendwo unternommen haben. Die mangelnde inhaltliche Zuspitzung und die langweiligen Wahlkampfplakate waren aber kein Unfall. Sie waren die logische Konsequenz einer verfehlten Strategie.

Die Koalitionsdebatte

Vor diesem Hintergrund konnte die Koalitionsdebatte ihr volles destruktives Potential entfalten. Mit verwaschenem Profil und dem unbedingten Willen die regierende Bürgermeisterin zu stellen, musste die Grün-Schwarz Debatte

mit aller Macht kommen, sobald wir in den Umfragen hinter die SPD rutschten. Hätten wir uns inhaltlich klarer links verortet, Ecken und Kanten gezeigt und die eine oder andere inhaltliche Provokation gewagt (und durchgestanden), die Koalitionsdebatte wäre völlig anders verlaufen. So aber musste für viele Wähler der Eindruck entstehen, die Grünen könnten und würden im Zweifel mit Jedem koalieren - mit fatalen Folgen.

Und jetzt?

Wir Grüne haben in Berlin ein großes Potential, das wir leider nicht ausgeschöpft: haben Zu wenig haben wir unsere Stammwähler umworben, zu sehr haben wir Rot-Grüne Wechselwähler verunsichert und zu unattraktiv waren wir für Nichtwähler. Damit haben wir en passant auch den Weg für die Piraten freigemacht.

All dies haben wir uns selbst und unserer falschen Strategie zuzuschreiben. Gleichzeitig bedeutet dies jedoch auch: Da geht noch mehr! Dafür müssen wir uns aber anders mit der Frage auseinandersetzen, wie grünes Wachstum gelingen soll? Im Wahlkampf haben wir auf diese Frage die „Palmer“ Antwort gegeben: „Wachsen durch Anbiedern“. Wir haben versucht uns selbst als bürgerliche Opposition zu positionieren, indem wir auf vermeintlich „harte“ Themen wie Wirtschaft und Innere Sicherheit. gesetzt haben. All dies ging auf Kosten einer im Kiez verankerten und auf offensive Konfrontation setzenden Politik. Wir haben uns damit selbst beschnitten und uns ohne Not leidenschaftliches und lustvolles Campaignen untersagt.

Dies hat aber nichts mit einer vermeintlichen Rückentwicklung zur Alternativen Liste der 80er Jahre zu tun, wie es Ramona in ihrem Tagesspiegel Artikel diese Woche formuliert hat. Dies sind veraltete Kategorien, die ich nicht bedienen will. .. Aber mehr grüner Charakter, mehr Provokation, mehr grüne Originalität als im Wahlkampf und in den letzten fünf Jahren – das will ich sehr wohl.

Die Autorin ist Mitglied im Abgeordnetenhaus

AUS FEHLERN LERNEN – NOTWENDIGE DEBATTEN FÜHREN – OPPOSITIONSFÜHRERSCHAFT GEWINNEN

von Ramona Pop

Am 18. September haben mehr Menschen denn je Bündnis90/ Die Grünen in Berlin gewählt. Obwohl wir unser bestes Ergebnis eingefahren haben, konnten wir unsere Wahlziele nicht erreichen und müssen zum dritten Mal in Folge erleben, dass eine grüne Regierungsbeteiligung an der SPD scheitert. Diese doppelte Enttäuschung spüren wir alle. Wir haben uns voller Motivation und Power in diesen Wahlkampf begeben, jeder Kreisverband, alle KandidatInnen haben gekämpft wie noch nie. Soviel grüne Präsenz war noch nie, aber auch soviel Zuspruch in der Stadt für uns war noch nie. Die Arbeit von Partei und Fraktion in den letzten Jahren wurde seit 2008 regelmäßig und stabil mit Umfragewerten über 20 Prozent honoriert. Wie konnte es vor diesem Hintergrund dazu kommen, dass wir seit Jahresanfang immer stärker zurückfielen? Dass wir nicht einmal die 20 Prozent mehr erreicht haben, die wir jahrelang in Umfragen hatten? Dass die rot-grün Stimmung in der Stadt nicht dazu ausreichte, Wowereit zu Rot-Grün zu tragen?

Diese Fragen stellen nicht nur wir uns. Auch unsere WählerInnen haben sich starke Grüne in der Stadt und im Senat gewünscht. 250.000 Menschen haben uns trotz eines sichtbar verunglückten Wahlkampfes ihr Vertrauen ausgesprochen, haben Erwartungen in uns gesetzt, dass wir mit unseren Ideen und Konzepten die Stadt voranbringen. Diese Menschen haben unserem Versprechen einer neuen politischen Kultur vertraut, die aus den hergebrachten grünen Nischen aufbricht und den Dialog mit allen in der Stadt sucht. Unsere Wählerinnen und Wähler sind ebenfalls niedergedrückt und fragen sich, warum jetzt Rot-Schwarz ein solches Comeback erleben muss.

WAGNIS WAHLKAMPF AUF AUGENHÖHE

Für uns alle war dieser Wahlkampf Neuland, ein absolutes Wagnis und wir haben Fehler gemacht und manches falsch eingeschätzt, oder zu spät oder falsch entschieden. Dies zu analysieren, um für die Zukunft zu lernen, ist unerlässlich.

Es war vermutlich der längste Wahlkampf, den wir alle erlebt haben. Denn er fing Anfang 2010 bereits an. Vor dem Hintergrund unserer seit Jahren stabil hohen und immer noch ansteigender Umfragen und dem Druck, dem

bräsigen Wowereit eine grüne Idee entgegenzusetzen, entstand die Idee einer grünen Kandidatur. Als Christian Ströbele bereits Anfang 2010 nach der Kandidatur Renate Künasts für das Amt der Regierenden Bürgermeisterin rief, konnten wir alle nicht einschätzen, was auf uns zukommt.

Denn im Rückblick war unsere Entscheidung am 5. November 2010 für einen extrem personalisierten Wahlkampf falsch, dessen ganzes Wohl und Wehe an der Spitzenkandidatin hing. Und sie umgekehrt allein dort vorne stand. Denn der notwendige Unterbau fehlte, strukturell und strategisch. Eine Wahlkampfkommission, die den Wahlkampf auf breitere Füße hätte stellen können, mehr Erfahrung und Stimmen aus der Partei hätte einbringen können, gab es nicht. Wir haben unsere Kräfte in diesem Wahlkampf nicht gebündelt, sondern versprengt. Auch ich werfe mir vor, nicht richtig eingeschätzt zu haben, was diese „Kampfansage“ an die SPD bedeutete, die wir mit unserem Anspruch auf Platz 1 formuliert haben. Wir haben unterschätzt, welche Verankerung die SPD in der Stadt hat, wir haben Wowereit und seine Beliebtheit unterschätzt und übersehen, dass der grüne Aufwind nicht unbedingt von den Medien getragen wurde.

Trotz eines guten Programms, haben wir es nicht vermocht, klare grüne Projekte für Berlin zu formulieren. Spätestens nach dem Abrutschen in den Umfragen hätte es der Projekte bedurft, um die schlichte Frage zu beantworten: Was wird anders, wenn Grün regiert? Das Lebensgefühl in weiten Teilen der Stadt, für eine andere politische Kultur der Offenheit und Teilhabe zu stehen, gegen eine verkrustete und ideenlose SPD, hat uns weit getragen. Dennoch haben wir es nicht vermocht, zentrale grüne Projekte zu profilieren für die wir stehen, was mit uns und nur mit uns anders wird. Den erstarkenden Piraten haben wir nichts entgegengesetzt, unsere Plakate kamen harmlos daher. Wir wollten die ganze Breite der Themen abdecken und spürten in diesem Wahlkampf sehr stark den Spagat einer „Volkspartei im Kleinen“. Obwohl ab dem Frühjahr die 5-er Runde aus Landesvorsitzenden, Fraktionsvorsitzenden und Spitzenkandidatin die Fäden in der Hand hielt, gelang uns eine inhaltliche Zuspitzung erst im Frühsommer. Bis dahin hatte die SPD die Stadt mit einem inhaltsleeren, gefühligem Wahlkampf eingelullt und uns hinter sich gelassen.

Mit dem Abrutschen in den Umfragen wurde das Dilemma zwischen unserer „Kampfansage“ an die SPD und unserer Koalitionspräferenz für die SPD immer deutlicher. Daraus müssen wir für die Zukunft lernen. Wie um Platz 1 kämpfen, ohne durch „Kampfansagen“ zu spalten? Also ein Wettbewerb um die besten Ideen und Köpfe für die Stadt, statt eines Konflikt zwischen Grün und Rot. Grün-Rot schien klar, solange wir vorne lagen. Aber andersrum? Nicht zuletzt dazu hätte man die drängender werdende Koalitionsfrage politisch beantworten und von der Personalisierung lösen müssen. Dieser Wahlkampf war tatsächlich kein Beispiel für eine erfolgreiche Politik der Eigenständigkeit.

ZURÜCK AUF LOS ODER BLICK NACH VORNE?

Manche von uns fragen sich, ob wir alles falsch gemacht haben. Meines Erachtens sind wir aber einen großen Schritt weiter, obwohl wir hinter unseren Wünschen und Erwartungen zurückgeblieben sind. Denn die unglaubliche Härte im Wahlkampf und bei den Sondierungen danach hat uns gezeigt, welche ernsthafte Bedrohung wir für die SPD geworden sind. Wir haben in diesem Wahlkampf gesehen, welche Möglichkeiten und Perspektiven wir in Berlin haben. Darauf können wir setzen, darauf müssen wir die nächsten Jahre aufbauen.

Wir haben im Wahlkampf eine Politik für die ganze Stadt versprochen. 250.000 Menschen sind diesem Versprechen trotz unseres verunglückten Wahlkampfs gefolgt. Sie hatten gute Gründe, uns zu wählen. Gute Gründe, die sie in unserer Programmatik und in unserer Arbeit der letzten Jahre gefunden haben. Trotz aller Enttäuschung und Niedergeschlagenheit können wir daher nicht den Schluss ziehen, dass vom Programm bis zum Personal alles falsch war.

Richtig ist, dass wir über den künftigen Kurs der Partei diskutieren müssen. Denn was in der Fraktion als Streit um Posten und Proporz an der Spitze daherkommt, ist in Wirklichkeit ein Streit über den zukünftigen Kurs der Partei. Trägt uns die Idee der Eigenständigkeit auch in Zukunft, trotz der handwerklichen und strategischen Fehler im Wahlkampf? Stehen wir weiterhin zu dem Versprechen, dass wir Konzepte für alle Politikbereiche von Bildung, über

Umwelt zu Finanzen profilieren wollen, um dialogfähig mit allen von Migrantenverbänden bis zur Wirtschaft zu sein? Oder wollen wir uns thematisch zusammenschurren lassen auf wenige Themen, die uns zum ewigen Juniorpartner machen?

Es gibt diejenigen, die unsere Politik der Eigenständigkeit der letzten Jahre, die uns immerhin einen dauerhaften Aufschwung beschert hat, jetzt kritisieren. Im Tagesspiegel habe ich dieses Ansinnen überspitzt kommentiert: „Der Schluss kann aus meiner Sicht nicht im Rückzug bestehen: zurück zu zwölf Prozent, zur Alternativen Liste der 80er Jahre, die außerhalb ihres engeren Umkreises nur Feindesland sah und ein ungeklärtes Verhältnis zur Gewaltfrage, zu staatlichen Institutionen und zur Wirtschaft mit sich herumschleppte.“

Keineswegs wollte ich damit geschichtsvergessen die AL auf diese wenigen Fragen reduzieren. Doch was in den 80ern seine Berechtigung hatte, Kritik an verkrusteten Institutionen, wie der Wirtschaft, sehen wir heute differenzierter. Denn die Institutionen haben sich verändert und wir haben maßgeblichen Anteil daran, dass sie offener, moderner, ökologischer geworden sind. Viele dieser gesellschaftlichen Weiterentwicklungen sind unser Verdienst. Nicht umsonst haben wir zu unserem 30. Geburtstag gesagt: „Wir haben uns verändert, aber WIR haben auch die Stadt verändert.“ Deswegen stehen wir als linke Partei heute da, wo wir stehen, in der Mitte der Gesellschaft.

Mit dem Green New Deal hängen wir keinesfalls am „Rockzipfel der IHK“, sondern erhöhen den Modernisierungsdruck für die deutsche Industrie. Stichwort: Green Economy. Wie sollen die ökologische industrielle Revolution und die Energiewende gelingen, wenn nicht Unternehmen die zukunftsfähigen Produkte (Elektroauto, intelligente Netze etc.) entwickeln und produzieren? Dazu bedarf es klarer politischer Ziele und eines klaren ordnungspolitischen Rahmens. Darauf baut der Green New Deal.

Und dass uns die leidige Gewaltfrage wieder beschäftigt, hätte so mancher nicht gedacht. Was tun wir, wenn wie im Fall der Räumung der Liebigstraße, nachdem allen Verhandlungen gescheitert sind, der Eigentümer zwar ein



Statt zurück auf Los: Einen großen Schritt nach vorn

Immobilienhai ist, dennoch einen gültigen Rechtstitel hat und der Gerichtsvollzieher die Polizei zur Unterstützung holt? Und das Haus geräumt werden muss? Hätte ein rot-grüner Senat dies verweigert? Wohl kaum. Und dass die Berliner Polizei nicht mehr die prügelnde Polizei der 70er und 80er Jahre ist, sondern sich zunehmend als eine moderne und bürgernahe Polizei versteht, die auf Deeskalation setzt wie am 1. Mai – ist das nicht für alle sichtbar? Also, werden wir Rechtsstaat und seine Institutionen nicht nur akzeptieren, sondern auch schützen?

Dass wir diese Fragen vor dem Wahlkampf offensichtlich unzureichend geklärt haben, macht uns allen jetzt das

Leben schwer. Die anstehende Diskussion wird nicht einfach und vielleicht auch schmerzhaft. Ob wir sie als notwendige und gemeinsame Weiterentwicklung verstehen, das wird über unsere Chancen bei den nächsten Wahlen im Bund und in Berlin entscheiden. Nun gilt es nach dem verpatzten Neustart der Fraktion, Vertrauen zurückzugewinnen und uns die Oppositionsführerschaft zu erobern.

Die Autorin ist Mitglied des Abgeordnetenhauses und Fraktionsvorsitzende

TEILHABEN UND TEILSEIN? NICHT IN DIESEM WAHLKAMPF

von Alexander Klose und Susanna Kahlefeld

Zwei Jahre lang hat die LAG Migration und Flucht für ein aufgeklärtes und modernes Wahlprogramm in Sachen Integration gekämpft – am Ende haben (fast) alle verloren.

ALS ES FUNKTIONIERTE: UNSER LEITANTRAG TEILHABE UND TEILSEIN

Seit 2008 ist die LAG Migration und Flucht wieder Teil des Berliner Landesverbandes. Für viele ihrer Mitglieder war es der erste Wahlkampf, der für uns bereits im Sommer 2010 begann. Auf der Landesdelegiertenkonferenz (LDK) im Juni 2010 war unser Leitantrag zur Grünen Integrationspolitik „Teilhabe und Teilsein“ noch mit großer Mehrheit angenommen worden. Der Antrag bündelte die Ergebnisse des Migrant_innen-Kongresses im März, den Bettina Jarasch angestoßen und maßgeblich mitgestaltet hat. Der Kongress war ein voller Erfolg: in seiner Wirkung in die Stadt hinein und als Mobilisierungs- und Vernetzungsimpuls in die Partei. „Mitmachstadt“ – hier hat es gut funktioniert.

WENN DIE STRATEGEN KOMMEN: WESSEN SORGEN ZÄHLEN

Schon auf der LDK im Juni mussten wir jedoch auch erleben, dass die Zustimmung dort, wo es konkret wurde – etwa beim Thema Islamfeindlichkeit – deutlich zurückhaltender war. In den folgenden Monaten gerieten wir zwischen die Flügel der Partei. Während wir bei der Basis viel Überzeugungsarbeit leisten und Missverständnisse aufklären konnten, formierte sich der Widerstand an anderer Stelle. Spätestens auf der November LDK zeigte sich, dass unsere integrationspolitische Perspektive, die sich klar gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und Islamophobie richtet, den „Strategen“ des kommenden Wahlkampfes nicht passte. Stattdessen sollten – wohl auch im Zuge der Sarrazin-Debatte und auf der Suche nach neuen Wähler_innen – die „Sorgen der Menschen“ ernst genommen werden. Gemeint waren dabei nicht die Sorgen der Migrant_innen, die sich durch die „Integrationsdebatte“ diffamiert und ausgegrenzt fühlten, sondern die Sorgen von Menschen in der vermeintlichen Mitte der Gesellschaft.

WENN DIE SCHREIBGRUPPE SCHREIBT: OHNE RÜCKSICHT AUF BESCHLÜSSE

Doch die November-LDK zeigte, dass diese Auffassung bei den Berliner Grünen (noch) nicht mehrheitsfähig war. Nach einem Jahr harter Programmarbeit sah die LAG optimistisch dem ersten Entwurf des Wahlprogramms entgegen. Hier zeigte sich jedoch, dass in diesem Wahlkampf Teilsein nicht Teilhaben war. Entgegen den klaren Parteitagsbeschlüssen sorgte die demokratisch nicht legitimierte Schreibgruppe dafür, dass die Minderheiten- zur Mehrheitsposition wurde. Und so machte sich die LAG auf den Weg, um im Programmprozess noch einmal für die bereits beschlossenen Inhalte und zumindest gegen Teile des damaligen Landesvorstandes zu kämpfen. Wir erinnern uns ungern an ein erstes Treffen aller LAG-Sprecher_innen, auf dem vor der Veröffentlichung des Entwurfs schon einmal Kritik am Programmtext vorgebracht werden sollte. Nichts von dem, was dort bis spät in die Nacht diskutiert und später in schriftlichen Änderungsvorschlägen formuliert wurde, fand Eingang in den Programmentwurf. Auf den folgenden Antragsteller_innentreffen musste dann jede Stilblüte und jeder Tippfehler erneut korrigiert werden, so dass die Zeit für die eigentliche politische Diskussion fehlte.

EINE VOLKSPARTEI MUSS HER: EINE FÜR ALLE?

Je näher die Programm-LDK im März kam, desto deutlicher wurde jedoch, dass die Parteispitze an einem echten Kompromiss gar kein Interesse hatte. Am Thema Integration sollte deutlich gemacht werden, wofür die neue grüne „Volkspartei“, die zu dieser Zeit vor Kraft kaum laufen konnte, steht. Doch es bedurfte schließlich des Einsatzes der Spitzenkandidatin selbst, um eine wiederholte Blamage der Parteitagsstrategen zu verhindern. Der Änderungsantrag der LAG, der eigentlich die Beschlussvorlage hätte bilden müssen, wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt und ein Wahlprogramm beschlossen, in dem Migrant_innen u.a. mit „Ehrenmorden, Drogenhandel und islamischem Fundamentalismus“ in einem Atemzug genannt wurden.

AN DER STADT VORBEI: KEINE STADT FÜR ALLE

Während wir noch darüber grübelten, was damit gemeint war, dass man diese Probleme „mit“ und nicht „gegen“ die Migrant_innen lösen wollte, begann ein Wahlkampf, in dem die Themen der LAG auf Landesebene praktisch nicht vorkamen. Für diese Fehlentscheidung haben wir dann am Wahlabend bezahlt. Die Ergebnisse, die in Neukölln und Kreuzberg erzielt wurden, wo ein eigenständig grüner und somit auch Anti-Sarrazin Wahlkampf gemacht wurde, beweisen, dass es gut gewesen wäre, auf die Stadt zu hören.

Der Autor ist Sprecher der LAG Migration, die Autorin ist Mitglied im Abgeordnetenhaus Sprecherin der LAG Migration

Das Geschilderte teilen Ersoy Sengül (KV Kreuzhain), Michael McComisky (LAG Mig), Wolfgang Lenk (KV Kreuzhain), Jenni Winterhagen (LAG Mig), Canan Bayram (Mda), Christiane Howe (LAG Mig), Annette Heppel (KV Neukölln), Caterina Pinto (LAG Frauen), Alexandra Marschner (LAG Mig), Axel Bussmer (ALG DemRecht)

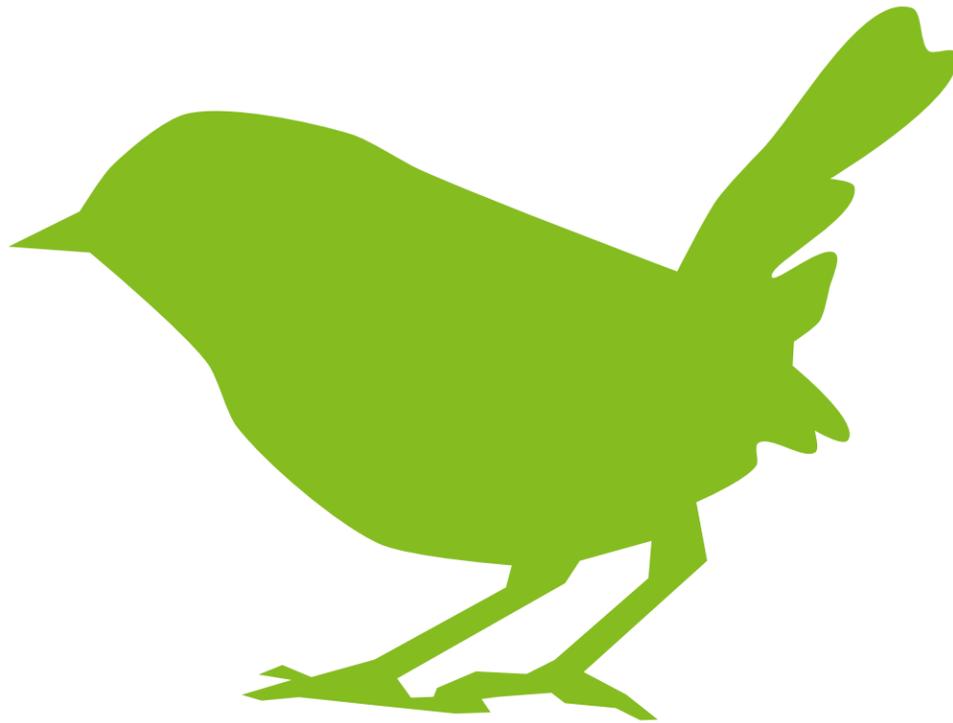


© fastFriend - photocase

Bausteine der Vielfalt – zusammen hält es

LIEBER DEN SPATZ AUF DEM DACH ALS DIE TAUBE IN DER HAND?!

von Reiner Felsberg, Jürgen Wachsmuth und Matthias Tang



Vor einem Jahr hatten wir Großes vor: Die Umfragen sahen Bündnis 90/Die Grünen als stärkste politische Kraft in Berlin. Es war beinahe schon ein Muss, Renate Künast als Kandidatin als Regierende Bürgermeisterin zu nominieren. Der Landesverband wählte sie mit großer Begeisterung, das Wahlprogramm wurde einstimmig beschlossen. Der Wahltag brachte immerhin 17,6 Prozent, ein Rekordergebnis in Berlin. Und doch: Nach den hohen Erwartungen bleibt wieder nur die Oppositionsrolle, wenn auch als stärkste Kraft in der Opposition. Auch das ist neu.

FRAGEN BLIEBEN OFFEN

Viele innerhalb und außerhalb der Partei sahen uns im Jahr 2010 auf dem Weg von der Milieupartei zur vermeintlichen Volkspartei. Auf der Strecke blieben die Fragen: Wollen wir diese Entwicklung? Müssen wir uns neuen Wählerschichten öffnen oder kommt die hohe Zustimmung in

den Umfragen daher, dass sich über die Jahre unser Milieuanteil in Bevölkerung stark vergrößert hat? Dass diese Fragen unbeantwortet blieben, ist symptomatisch. Es ist uns nicht gelungen, ein Verständnis, eine Idee für die heterogene Gesamtstadt zu entwickeln. Als Oppositionspartei mit zehn bis fünfzehn Prozent fiel das nicht weiter auf. Es reichte, in den einzelnen Politikfeldern oder Bezirken Profil zu gewinnen. Niemand fragte, ob und wie das jeweils zusammenpasst, niemand hielt es für nötig, Verbindungen zwischen den Bereichen bzw. Bezirken zu ziehen. Im Wahlkampf erhoben wir dann mit „Eine Stadt für alle“ einen neuen Anspruch. Das war wohl inszeniert, aber inhaltlich und strategisch wenig fundiert. Wir waren auf den Spagat zwischen 30-Prozent-Umfragen und 15-Prozent-Milieu nicht vorbereitet, weil wir uns in Flügelkämpfen, Bezirksegoismen und Fachdebatten verloren haben. Dem Wahlkampf fehlte in der Konsequenz die einende Idee, das konkrete Ziel – jenseits des Anspruchs, stärkste Fraktion zu

werden, was sich schnell als illusorisch herausstellte. Und wenn dem Wahlkampf die gemeinsame Idee und der Biss fehlen, kommen handwerkliche und kommunikative Fehler ganz von alleine: Verwirrende programmatische Aussagen, langweilige Plakate, Unklarheiten über „Handlungsoptionen“, die die Stammwählerschaft verunsicherten, die Unterschätzung der Piratenpartei. Die Einbeziehung einer neuen WählerInnenschaft gelang genauso wenig, wie die Einbeziehung der breiten Grünen Kompetenz in den Wahlkampf. Viele Erwartungen sind enttäuscht worden. Auch die strategische Frage nach dem Umgang mit der SPD, einschließlich Wowereits eingefrorener A100-Joker-Karte, blieb unbeantwortet. Stattdessen wurde wenige Tage vor der Wahl der Konfrontationskurs von grüner Seite ohne Not verschärft. Erfolgreiche Koalitionen leben jedoch neben der Übereinstimmung in Sachfragen, die sich in einer Koalitionsvereinbarung ausdrücken, maßgeblich vom gegenseitigen Vertrauen der handelnden Personen. Dazu ist es nach zehn Jahren grüner Opposition gegen rot-rot nicht gekommen. Wir haben im Abgeordnetenhaus mal mit der CDU, mal auch als Jamaikaverbund, mal eigenständig gegen rot-rot opponiert. Durchaus erfolgreich: Wir sind als Oppositionsführerin und als Gewinner der Auseinandersetzung mit rot-rot identifiziert worden. Strategische Fragen wurden aber ausgeblendet, es fehlten vertrauensbildende, informelle Kontakte zwischen den Spitzen beider Parteien.

FRAKTION ZERSCHLÄGT POLITISCHES PORZELLAN

Spätestens mit dem Ende Koalitionsverhandlungen hätten wir beginnen müssen, unsere inneren Widersprüche, die auch ein Resultat der Widersprüchlichkeit Berlins sind, konstruktiv auszutragen. Vereinfacht ausgedrückt: Die „bürgerliche Mitte“ und die „Kreuzberger Szene“ gehören beide zu Berlin, bei uns stehen sie sich scheinbar unversöhnlich gegenüber. Die einen wittern hinter jedem Kontakt mit der IHK Verrat, die anderen sehen in der Kritik gleich „Wirtschaftsfeindlichkeit“. Es müsste darum gehen, eine Politik zu entwickeln, die mehr ist als die Addition einzelner Teile, eine Politik, die aus der Binnensicht von Bezirken, Flügeln und Fachkreisen herauskommt und den Blick tatsächlich und nicht nur auf Plakaten auf die Stadt als Ganzes richtet. In einer widersprüchlichen Stadt wie Berlin ist das keine leichte Aufgabe. Es wird Kontroversen und Entscheidungs-

gen geben müssen. Sich wahlweise in linken oder rechten, Kreuzberger oder bürgerlichen Wagenburgen einzurichten, ist aber kein Ausweg. Doch was passiert? In der Fraktion wird der Flügelstreit in einer Art und Weise auf die Spitze getrieben, die bundesweit längst anachronistisch ist. Das Desaster in der Fraktion ist nicht vom Himmel gefallen, sondern das Ergebnis der inhaltlichen und strategischen Defizite. Statt diese anzugehen, haben beide Seiten jede Menge politisches Porzellan zerschlagen.

KEIN „WEITER SO“ IN ALTEN DENKMUSTERN

Mit dem simplen Links-Rechts-Schema lässt sich kein Problem Berlins lösen. Wir Grüne sind für eine Öffnung der Politik angetreten, für eine Mit-Mach-Stadt, die niemanden ausgrenzt, sondern den Dialog mit allen sucht. Aktuell erleben wir das Gegenteil: In der Fraktion werden Links-Rechts-Gegensätze zementiert, statt sie konstruktiv auszutragen. Damit muss Schluss sein!

Wir erwarten, dass diese Selbstblockade schleunigst beendet wird. Dazu müssen alle Beteiligten ihren Beitrag leisten. Bündnis 90/Die Grünen wurden von 256.000 Menschen gewählt, damit sie zur Lösung der Probleme in Berlin beitragen.

Wir fordern deshalb die Kreisverbände und die Landesarbeitsgemeinschaften auf, mit den Abgeordneten der neuen Fraktion eingehende Gespräche über deren aktuellen Zustand und die künftige Arbeit als stärkste Oppositionskraft zu führen und daraus Perspektiven für die Politik von Bündnis 90/Die Grünen zu entwickeln.

Der Autor Matthias Tang war Geschäftsführer bzw. Pressesprecher der Fraktion im Abgeordnetenhaus

EIN BLICK NACH INNEN

von Jochen Biedermann

2011 haben wir zum dritten Mal in Folge bei einer Berliner Wahl ein enttäuschendes Ergebnis erzielt. Kann 2001 – wenige Woche nach dem 11. September - als Sonderfall durchgehen, gilt dies für 2006 und insbesondere 2011 nicht. Das beste Ergebnis bei einer Berliner Wahl kann nicht darüber hinweg täuschen, dass wir in einer traditionellen Hochburg unter die bundesweiten Umfrageergebnisse gerutscht sind. Auch wenn dies innerhalb weniger Wochen passierte, liegen die Ursachen dafür teilweise wesentlich tiefer und länger zurück. Dieser Beitrag fokussiert sich auf parteiinterne Aspekte und kann nur ein Baustein einer umfassenden Analyse sein.

TEAMBILDUNG STATT MISSTRAUEN

Mit der Neuwahl des Landesvorstandes im Frühjahr ist es gelungen, zwei Vorsitzende zu wählen, von denen sich viele Teile der Partei auch tatsächlich vertreten fühlen und die in erkennbarem und erfreulichem Kontrast zu früheren Doppelspitzen als Team auftreten. Die Wahl kam allerdings zu spät und hat sicherlich zu unklaren Verantwortlichkeiten und Entscheidungen beigetragen. Für die Zukunft brauchen wir einen längeren Vorlauf ebenso wie eine klare und institutionalisierte Einbindung von Beraterzirkeln in die Arbeit der gewählten Gremien.

Die Neuwahl hat zudem leider nicht dazu geführt das gegenseitige Misstrauen, das an vielen Stellen um sich gegriffen hat, zu beseitigen. Statt einer produktiven inhaltlichen Auseinandersetzung ringen wir zunehmend um Formulierungen und führen Stellvertretungsdebatten, die vielfach nicht verstanden werden. Die konkret formulierten Positionen unterscheiden sich inhaltlich vielfach kaum, in der Debatte schwingt aber immer mit, was wirklich gemeint ist oder auch nur gemeint sein könnte. Die Auseinandersetzung über das Schulsystem vor einiger Zeit, wo selbst vielen Aktiven die Unterschiede der beiden Anträge auch nach längeren Diskussionen nicht deutlich wurden, sind hierfür das deutlichste, keineswegs aber das einzige Beispiel.

TONLAGEN KÖNNEN INTEGRIEREN – MIT MUT ZU INHALTEN

Statt über konkrete Projekte und Positionen führen wir erbittertem Streit über die Tonlage, über die Art der Ansprache, etwa in der Integrationspolitik. Dieses Misstrauen in Verbindung mit der einseitigen Fokussierung auf Geschlossenheit und der Personalisierung von Sachentscheidungen hat zu einer inhaltlichen Verflachung unserer Programmatik in den letzten Jahren geführt. Wir brauchen dringend den Mut zur Debatte und den Mut zu Inhalten! Dafür müssen wir auch neue (Diskussion-)Räume schaffen um Positionen zu erarbeiten, die dann auch tatsächlich eine Chance haben, grüne Programmatik zu werden. Die Werkstätten waren hier ein guter Anfang und keineswegs – wie anfänglich gelästert wurde – nur ein Instrument, um die Partei im Jahr vor der Wahl zu beschäftigen. Der Programmprozess war hierfür leider kein gutes Beispiel: hochgradig, aber leider doch selektiv geheim und im Entwurf bereits abgeschlossen, ehe alle Werkstätten stattgefunden hatten, hat er recht viel Unmut erzeugt.

GESCHEITERTES ZIEL: EINE STADT DER MEHRHEIT

Daneben ist das Ziel, ein Programm für eine Mehrheit der Stadt vorzulegen, erkennbar gescheitert. Der Versuch, den Entwurf in einem kleinen Zirkel zu schreiben und Ecken und Kanten möglichst zu vermeiden, hat zur Frustration von Fachpolitiker_innen geführt, die das Gefühl hatten, ihr Know-How sei nicht erwünscht. Hier liegt eine der Ursachen der Attraktivität der Piratenpartei auch für viele grüne Sympatisant_innen. Der teilweise intransparente Programmprozess hat zudem dazu geführt, dass Äußerungen von Renate noch genauer beobachtet wurden, als ohnehin und insgesamt mit einer Reihe von unglücklichen Aussagen unsere Berlin-Kompetenz infrage gestellt wurde. Da wir in der Berichterstattung mit klaren inhaltlichen Positionen nicht punkten konnten, wurde die zu lange offen gehaltene Koalitionsfrage angesichts sinkender Umfragewerte zunehmend als reine und inhaltsfreie Machtoption wahrgenommen und hat dadurch die Wahrnehmung unserer Inhalte zusätzlich behindert.

Mit Tisch und Stuhl – erfolgreich: Bitte mit Kommunalos Ein Erfolgsfaktor für bündnisgrüne Politik ist sei jeher die starke Verankerung in der Kommunalpolitik. Die unermüdete meist ehrenamtliche Arbeit vieler Aktiver vor Ort hat uns viel Kompetenz und Vertrauen gebracht. Sie ist außerdem ein wichtiger Seismograph für die politische Stimmung. Wer sich – zumal mitten im Wahlkampf - öffentlich darüber wundert, was Berlin doch für ein „kleines Karo“ sei, hat die Stadt offensichtlich nicht verstanden. Viele Berliner_innen interessieren sich für die ganz konkreten Probleme vor Ort. Das Gefühl von Desinteresse an gerade an diesen Problemen dürfen wir nicht entstehen lassen.

Die dialogischen Wahlkampfauftritte in den letzten Wochen – „Politik mit Tisch und Stuhl“ - haben dazu ein erfrischendes Gegengewicht geboten und im Kleinen überzeugt. Sie waren aber zu spät und zu vereinzelt, um das Blatt noch einmal zu wenden.

ZURÜCK ZU DEN IDEEN – HÖRT AUCH AUF DIE EHRENAMTLICHEN

Wenn wir wieder zum Ideengeber werden und die rot-schwarze Koalition vor uns hertreiben wollen, müssen wir zunächst unsere Hausaufgaben machen. Dazu gehört ein respektvoller Dialog und ein verantwortungsvoller Umgang mit Ehren- wie Hauptamtlichen. Listenaufstellungen waren nie ein Musterbeispiel für faire Auseinandersetzungen, die unappetitlichen Vorgänge in diesem Jahr aber leider ihr trauriger Höhepunkt. Wir müssen aber auch die Frage stellen, ob wir unser Geld sinnvoll ausgeben. Ob es richtig ist, viel Geld für professionelle Externe auszugeben, von den eigenen Leuten aber ein Höchstmaß an (Selbst-)Ausbeutung vorauszusetzen oder zumindest zu tolerieren. Keine Agentur kann und sollte das Engagement der zahllosen Ehrenamtlichen ersetzen, die auch in diesem Wahlkampf jeden Tag auf der Straße standen. Das ist kein Automatismus, sondern braucht Überzeugung, Begeisterung und Anerkennung genauso wie vernünftige Rahmenbedingungen und eine gute Organisation.

AUCH HIER LIEGT VIEL WEG VOR UNS – GEHEN WIR'S GEMEINSAM AN!

Der Autor ist Mitglied der BVV Neukölln

UNSERE PLATTFORM – ALLE TEXTE:

www.gruene-berlin.de/partei/stachlige-argumente

Wir haben natürlich noch weitere, sehr interessante Texte von Euch erhalten. Gerne hätten wir alle abgedruckt, aber leider ist ein Printformat im Umfang natürlich auch ein begrenztes Format. Deshalb wollen wir auf unserer Plattform auf gruene-berlin.de alle noch eingegangnen Texte gerne veröffentlichen. Wir wollen es einrichten, Euch zudem die Möglichkeit zu eröffnen, Eure Kommentare einzubringen.

Bertil Wewer, KV Neukölln, Mitglied der BVV
Blick zurück aus Britz

Clara Herrmann, KV Friedrichshain – Kreuzberg, MdA; Stefan Ziller, KV Marzahn-Hellersdorf, Anja Schillhaneck, MdA:
Oppositionskurs: Offensiv grün!

Dirk Jordan, LAG Bildung
**Und wenn die Welt voll Teufel wär...
Es sollte doch gelingen**

Heidi Kosche, KV Friedrichshain-Kreuzbergm MdA, Axel Busmer, LAG Demokratische Rechte, Karl Heinz Bergt, KV Friedrichshain-Kreuzberg, Florian Schärdel, KV Friedrichshain-Kreuzberg, MdBVV, Monika Herrmann, KV Friedrichshain-Kreuzberg, Sergij Goyanoff, KV Friedrichshain-Kreuzberg, Klemens Griesehop, KV Pankow, Uschka Thierfelder, KV Pankow, Marion Hasper, KV Tempelhof-Schöneberg
Gemeinsame Wahlanalyse: Ein Wahlkampf voller Fehlentscheidungen

Marion Hasper, KV Tempelhof-Schöneberg
Berlin ist anders: Aufarbeitung nach Hamburger Muster ist nicht genug!

Oliver Jütting, KV Pankow
Unpolitische Palitücher

Theresa Theune, KV Pankow
Eine Stadt für alle – Beglücke urgrüne Konzepte alle BerlinerInnen?

Tobias Balke, KV Charlottenburg-Wilmersdorf
25 Thesen

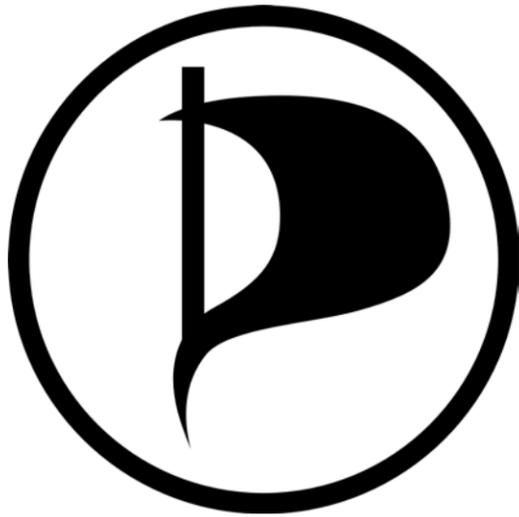
Sergij Goryanoff, KV Friedrichshain-Kreuzberg
Wer übernimmt die Verantwortung?

Falls ihr noch weitere Stellungnahmen, Analysen oder Meinungen einsenden wollt – wir freuen uns über Euer feedback.

Eure Redaktion

DIE PIRATENPARTEI UND DIE GRÜNEN – EINE WAHLANALYSE

von Christine Dörner



Die Piratenpartei erzielte bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im September 2011 ein beeindruckendes Ergebnis: Aus dem Stand erreichte die Partei 8,9% der Stimmen. Sie gewannen rund 130 000 Stimmen. Bemerkenswert ist insbesondere, dass sie flächendeckend gewannen, selbst ihr niedrigster Anteil in einem Bezirk beträgt noch 6,4 % in Steglitz-Zehlendorf, in Mitte und Pankow erreichten sie mehr als 10 %, in Friedrichshain-Kreuzberg sogar 14,7 %. Ihr Erststimmenergebnis ist geringer als das Zweitstimmenergebnis, auch weil sie nicht in allen Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt hatten. Sie können in alle Bezirksverordnetenversammlungen einziehen und haben nach dem Wahlergebnis in Friedrichshain-Kreuzberg sogar Anspruch auf einen Stadtrat. Sie waren sowohl im Osten wie im Westen gleichermaßen attraktiv. Grund genug, diese Partei und ihre Wähler genauer zu analysieren.*

Zwar sind die Mitglieder bei den Piraten meist jung, männlich, gut ausgebildet und in einem technischen Beruf tätig, ihre Wählerschaft ist jedoch nicht auf diese Merkmale zu reduzieren. Bei den 18- bis 34-Jährigen liegt der Anteil der Wähler bei ca. 16%, bei den 45- bis 59-Jährigen ist er mit 8% noch hoch, erst die über 60-Jährigen haben sich nur

noch zu 3% für die Piraten entschieden. Schulbildung oder sozialer Status sind aber nicht der entscheidende Faktor für Wahl der Piratenpartei. Mit 13% ist der Anteil der Wähler bei den Arbeitslosen fast genauso hoch wie bei den Selbständigen, die zu 14% die Piratenpartei gewählt haben.

Woher kommen nun die Wähler der Piratenpartei? Schaut man sich die Wählerwanderung an, so zeigt sich ein verblüffendes Ergebnis.

Nichtwähler	23 000
Sonstige Parteien	22 000
Grüne	17 000
SPD	14 000
Die Linke	13 000
FDP	6 000
CDU	4 000

Die Piratenpartei konnte vor allem im Lager der Nichtwähler und bei den Wählern von Kleinparteien – üblicherweise in der Wahlstatistik unter „Sonstige“ zusammengefasst mobilisieren. Aber auch der Abfluss von Stimmen aus dem sogenannten linken Lager (SPD, Grüne, Die Linke) ist nicht unbedeutend.

Das Statistische Landesamt hat Korrelationsrechnungen zwischen sozialstrukturellen Merkmalen in den Wahlkreisen und den Stimmenanteilen der Parteien durchgeführt. Es kommt zu folgenden Ergebnissen: „Im Westen ist die Piratenpartei in Gegenden mit vielen jungen Wählern und Ausländern erfolgreicher. Die Wahlergebnisse sind bei größeren Anteilen älterer Menschen und Personen mit langer Wohndauer, in Berlin-West auch bei vielen Hochbetagten und kirchlich Gebundenen im Wahlgebiet deutlich schwächer. Im Ostteil der Stadt dagegen sind die Quote an Kirchenmitgliedern und auch der Anteil an jungen Frauen

jeweils günstige Strukturindikatoren für die Piraten. Grüne und Piraten verzeichneten bei dieser Wahl die größten Zuwächse. Die Piraten erzielten in den Hochburgen der Grünen die höchsten Zweitstimmenanteile (14,2 % im Ostteil). Im Westteil gilt ein ähnliches Bild, das aber durch die Hochburgen von Die Linke ergänzt wird. In diesen Gebieten ging auch der Anteil der Nichtwähler stärker zurück. Im Ostteil in den Hochburgen der Grünen beispielsweise um 7,6 Prozentpunkte. Die Piraten korrelieren positiv mit der Verteilung der Grünen-Zweitstimmen in den Briefwahlbezirken im Ostteil mit $r=0,79$ und im Westteil mit $r=0,63$. Dort, wo die Grünen überdurchschnittlich stark sind, sind auch die Piraten beheimatet. Werden die 526 Briefwahlbezirke zugrunde gelegt und die Korrelationen zwischen den Zweitstimmenanteilen 2006 und der aktuellen Abgeordnetenhauswahl berechnet, bestätigt sich dieses Bild. Die Piraten sind dort überdurchschnittlich, wo die Grünen 2006 stark waren bzw. im Westteil auch Die Linke gute Ergebnisse hatte.“

Man wird wohl davon ausgehen können, dass Grüne und Piraten teilweise um das gleiche Wählerreservoir konkurrieren. Meine These ist, dass die Piraten attraktiv für technisch-naturwissenschaftlich orientierte Wähler und Wählerinnen sind. Für diese Wählerschicht sind die Grünen zu wenig technikkompetent.

Ausgehend von der Kritik an der Atomenergie wurde Technologiekritik auch auf andere Bereiche übertragen. So wurden Personal Computer von den Grünen in den 80iger Jahren als Rationalisierungsinstrument weitgehend abgelehnt und in den 90iger Jahren widerwillig als Arbeitsmittel akzeptiert.

Während sich die Grünen mit der Atomtechnologie gründlich auseinandergesetzt und auf diese Weise ein umfangreiches Wissen erarbeitet haben, so gilt dieses nicht für die digitale Welt. Mittlerweile werden die neuen Technologien und ihre Angebote – Internet, E-Mail, Web2.0, etc. – als Kommunikationsmittel und –angebote ungezwungen genutzt, verstanden sind ihre technologische Basis und somit ihre Implikationen nicht. Deutlich wurde dieses u. a. an der

unklaren Haltung der grünen Bundestagsfraktion zu Netzsperrungen bei Kinderpornografie.

So sprechen sich die Grünen unter dem Motto „meine Daten gehören mir“ in ihrem Wahlprogramm für einen konsequenten und umfassenden Datenschutz aus, sie haben anscheinend keine Ahnung, was dieses im Zeitalter des Internet bedeutet. Sonst wäre es nicht möglich, dass die Partei auf ihren Webseiten Kontakt- und Eintrittsformulare anbietet, die so sensible Daten wie Telefonnummern, Emailadressen, Beruf und Geburtsdatum abfragen – und das ohne Verschlüsselung auf unsicheren Übertragungswegen. HTTPS-Verschlüsselung ist Bestandteil jedes Webservers und jedes Browsers, sie müsste nur genutzt werden. Die Grünen verhalten sich bisweilen zu den neuen Technologien wie ein Handynutzer, dem nicht bewusst ist, dass ein eingeschaltetes Mobiltelefon auch ein Instrument zur Ortung der Person ist.

Es wird nicht reichen, größeren Wert auf Datenschutz und Bürgerrechte im digitalen Raum zu legen, wenn dieser Sachverstand ähnlich wie in der Atomfrage nicht erworben wird. Genau diese fehlende Kompetenz ist die Basis für die Attraktivität der Piratenpartei, nicht fehlende oder etwas schwammige Stellungnahmen seitens der Grünen.

Die Autorin ist ständige Mitarbeiterin in der Redaktion

*Alle Zahlen stammen entweder aus den Berichten der Landeswahlleiterin oder von infratest dimap.

MITTE – VON ALLEM ETWAS, VON MANCHEM MEHR

von Alessa Berkenkamp



18. SEPTEMBER 2011. 17:50 UHR

Hunderte Menschen drängen sich in den Festsaal Kreuzberg. Dicht an dicht. Es herrscht Anspannung pur. Und meine Familie hat sich zu allem Überfluss in die Pressecke gedrängt. „Da war's so schön leer“, erwidert Mama, die im Wedding Häuserwahlkampf gemacht hat. „Eine gute Wahl und meine Tochter!“, hat sie zwinkernd an dutzenden Haustüren verkündet. „Und du hast dich nicht gewundert, warum es hier so leer war?“, frage ich. Natürlich nicht. Woher auch. Es ist die erste Wahlparty in großer Familienrunde.

18 UHR

18 Prozent. „Tief gefallen von über 30 Prozent“, denke ich. Aber ich jubele, unendlich laut und sehr euphorisch. Ich setze alle Gliedmaßen zum Jubeln ein. Ich muss das tun. Ich stehe immer noch in der Pressecke.

22:30 UHR

Es herrscht Gewissheit. „Mitte wählt Pop“, verkündet Ramonas Plakat. Und ja, sie holt Alt-Mitte. Klar und deutlich. In Tiergarten Süd fehlen Tilo Siewer 440 Erststimmen. Und in Moabit verpasst Martin Beck mit nur knappen 77 Stimmen das Direktmandat. Eine Mischung aus „Mist!“, Trauer und Frust macht sich breit. Doch dann klopf David mir auf die Schulter: „Vom Wedding bis in den Süden haben wir zugelegt. Überall! Und nicht nur 2 Prozent. Sondern zwischen 6 und 9 Prozent. Das ist doch der Hammer! Darauf trinken wir einen!“ David ist mitten im Wahlkampf Mitglied geworden und hat sich gleich an Haustüren und Stände gewagt. Er war einer der 80 Menschen, die in den letzten 3 Monaten bezirksweit unterwegs waren – von morgens halb 8 bis spät in die Nacht, von der Fischerinsel über die Seestraße bis ins Hansaviertel. Ohne ihn, ohne alle die anderen hätten wir blass ausgesehen. Eigentlich hätte ich ihm auf die Schulter klopfen sollen. Er hat es verdient.

MITTE – MEKKA DES REICHTUMS?

In den Köpfen vieler ist Mitte das Mekka des Reichtums. Ob am niemals schlafenden Rosenthaler Platz, rund um den internationalen Hackeschen Markt oder den gediegenen Gendarmenmarkt – Mieten, Designerläden und Lebensstil suggerieren, hier ist das Geld zuhause. Wenige Meter ab davon sieht das Bild schon anders aus: Rund um die Leipziger Straße findet man Plattenbauten, deren Bewohnerinnen und Bewohner sich noch sehr gut an die DDR erinnern können. Nordwestlich vom Hauptbahnhof liegen Knast und Gentrifizierung sehr nah beieinander. Und der Wedding kommt, so zumindest das Mantra seit Jahren. Aktuell ist in Moabit und Wedding die Arbeitslosigkeit allerdings noch ein Drittel höher als im Berliner Durchschnitt. 10 Prozent mehr Hartz-IV-Aufstockerinnen und -Aufstocker sind hier zuhause und die Kinderarmut ist fast doppelt so hoch. Die Mieten steigen natürlich trotzdem.

Ja, der Bezirk Mitte ist Vielfalt pur. Er beherbergt Sorglosigkeit und Sorgenreichtum zugleich. Und er ist der bunteste Bezirk Berlins. 45 Prozent aller Menschen hier im Bezirk sind Migrantinnen, Migranten oder deren Kinder. Ihre Wurzeln haben sie im Schwäbischen Ländle, der Türkei, den USA, Polen oder dem Libanon. Dazu kommt eine Mischung aus ost- und westdeutsch.

„Politik für Mitte zu machen, heißt, vielfältige Interessen zu einem schlüssigen Konzept für den Bezirk zu vereinen. Wir setzen uns gleichzeitig für den jungen Arbeitslosen ohne Schulabschluss, die umweltbewusste Mutter und das ältere Ehepaar, das eine Mieterhöhung fürchtet, ein“, erklärt Dorina Kunzweiler-Holzer, stellvertretende Fraktions-sprecherin. Nehmen wir ein einfaches Beispiel:

Mitte ist einer der jüngsten Bezirke Berlins und dennoch machen wir Politik für alle Generationen. Deswegen hat Stephan von Dassel, grüner Stadtrat für Bürgerdienste und Soziales, eine Börse für generationsübergreifendes Wohnen eingeführt. Der Effekt ist zweierlei: Die Studierenden, die sich Mittes Mietpreise nicht leisten können, und diejenigen, die im Alter selbstständig wohnen wollen, aber im häuslichen Alltag gelegentlich Hilfe brauchen, kommen endlich zusammen.

HEIMAT DER BARRIEREN, MAUERN UND GRENZEN

Hand auf's Herz: Vielfalt schafft oft leider auch abgegrenzte Räume und Barrieren. Das gilt für den unfertigen Mauerpark, der immer noch keinen Zugang vom und zum Wedding bietet und deswegen fast ausschließlich Touristinnen, Touristen, Altmitte und den Prenzlauer Berg beherbergt. Bis heute bleibt der Wedding außen vor. Bis heute bleibt der Wedding Teil des Mauerparks unfertig und Ziel einer Bebauung, so wünscht es zumindest der Besitzer des Grundstücks, die Immobiliengesellschaft Vivico. Dagegen setzen sich Anwohnende kräftig zur Wehr und gründen zahlreiche Initiativen und die Mauerpark Stiftung Welt-Bürger-Park. Zwischen all den Interessen ist eins klar: Wir kämpfen für einen Mauerpark, der allen gehört, allen offensteht und von Jung bis Alt genutzt werden kann.

Barrieren existieren aber auch dort, wo Zäune längst nicht mehr stehen. Zwischen dem Wedding und Altmitte ragen an der Bernauer Straße kupferne Steelen aus der Erde. Sie symbolisieren die durchbrochene Mauer. Eltern, Bildungspolitikerinnen und -politiker rund um die Bernauer Straße wissen, hier steht die Mauer noch – wenn auch in den Köpfen der Menschen. Denn das Interesse an Schulen südlich der Bernauer Straße ist riesig, während den Schritt gen Wedding die wenigsten Eltern tun. Wenn zusammenwachsen soll, was per Bezirksreform 2001 zusammengepackt wurde, muss hier noch kräftig in die Hände gespuckt werden.

Jutta Schauer-Oldenburg ist 73 Jahre alt und unsere lebendigste Streiterin für Bildungspolitik. „Es ist wichtig, dass die soziale Mischung stimmt, dies- und jenseits der Bernauer Straße“, erklärt die Fraktionssprecherin voller Inbrunst. „Wir wollen nämlich unabhängig vom Wohnort und dem Geldbeutel gleiche Chancen schaffen und kein Kind zurückschicken.“

Dass dies keine Floskeln sind, merkt man auch daran, dass im Bezirksparlament Politik macht, wer dort vermeintlich keinen Platz hat. Martin Zierold ist 26 Jahre jung und der erste gehörlose Politiker Deutschlands. Ja, es ist eine Revolution im Parlament. Seitdem lernen wir alle Gebärden und zwingen die Bezirksverwaltung, sich zu öffnen. Wir reden halt nicht nur über Inklusion, wir leben sie.

WIRTSCHAFTEN ZWISCHEN SPIELHALLEN UND DÖNERLÄDEN

Auch wirtschaftlich könnte die Vielfalt kaum größer sein. Während sich in Moabit und im Wedding Spielhallen an Dönerläden reihen, sind dutzende kleine Firmen, mittelständische Unternehmen und die digitale Bohème zuhause in Altmitte. Ja, das Feld ist groß und so heißt es wieder einmal, Politik für alle zu machen. Unsere grünen Wirtschaftsgespräche im Wedding haben gezeigt, wie schwer es sein kann, die Mischung aus sozialen Initiativen, Künstlerinnen, Künstlern, Dienstleistungen, Gastronomie und Gewerbe herzustellen. „Dennoch ist die Mischung unendlich wichtig, weil uns sonst sozial benachteiligte Kieze und boomende Zentren nebeneinander blühen“, mahnt Andrea Fischer, ehemals Bundesgesundheitsministerin und heute Fraktionssprecherin im Bezirk.

AUFTRAG ZUKUNFT: AUS ROT MACH ENDLICH GRÜN

Ob Inklusion, Mauerpark oder Wirtschaftsförderung im Bezirk, Mitte ist Heimat der Baustellen – physisch und politisch. Trotz sehr guter Ergebnisse sind wir im Land wie im Bezirk leider in der Opposition gelandet. In Mitte-Süd, ehemaliges Staatsgebiet der DDR und tendenziell dunkelrot, hat Silke Gebel die grünen Erststimmen von 9,4 auf 15,5 Prozent hochgeschraubt. Im nördlichen Wedding, gerne der rote Wedding genannt, haben wir uns mit Daniel Gollasch fast verdoppelt (von 10,2 auf 19 Prozent). Und im Gesundbrunnen, meinem Wahlkreis, haben wir mit 21,9 Prozent endlich Platz 2 eingefahren (6,9 Prozent Plus). Bei der Wahl zum Bezirksparlament sind wir mit wunderschönen 24,1 Prozent ins Ziel eingelaufen, wenn auch als Zweite. Damit haben wir gezeigt, welche Zugewinne in vermeintlich roten Gefilden möglich sind.

Wir haben an 20.000 Haustüren geklingelt, kein Kiezfest ausgelassen, Initiativen besucht, vor Einkaufszentren gekämpft, diskutiert und überzeugt, wochen- und monatelang. So viel Liebesmühen und dennoch heißt das Farbenspiel Rot-Schwarz – im Land wie im Bezirk. In Mitte blüht uns nun eine Brötchentaste am Parkautomaten, ein Grillverbot im Tiergarten und zu allem Überfluss eine Extremis-

musklauseil. Denn der CDU ist es wichtig, die Verfassungstreue abzufragen, bevor der Bezirk Gelder zur Förderung freigibt. Und der CDU war es wichtig, noch einen Posten mehr zu bekommen. Stadtentwicklung, Ordnungsamt, Wirtschaftsförderung und Tiefbau- und Landschaftsplanung reichten nicht, da hat die SPD draufgesattelt. Bei all diesen Dreistigkeiten tröstet uns, dass wir 4 Bezirksverordnete und eine Stadträtin mehr sind, die für eine nachhaltige, solidarische Politik streiten. Neben Stephan von Dassel wird zukünftig Sabine Weißler, Moabiterin und Kennerin der Berliner Kulturszene, Stadträtin für Weiterbildung und Kultur, Umwelt und Naturschutz. 30 Prozent mehr grüne Kraft! Also, reingeschlüpft in den grünen Blaumann und Mitte mitgestalten!

SZENERIEWECHSEL

19. September 2011, der Tag danach, mein Kopf dröhnt. Und Mama begrüßt mich zum Frühstück mit der freudigen Nachricht, dass meine Tanten vier Interviews gegeben haben. Voller Stolz fügt sie hinzu, dass die Familie meinen Namen hat fünf Mal fallen lassen – laut und deutlich. Mein Bruder zählt derweil auf, in welchen Medien die Familie erscheint und mir dämmert es so langsam, dass ich es eine gute Idee fand, unter Alkohol ein Interview für den Bayerischen Rundfunk zu geben.

Ach, diese verdammte Presseecke!

MITTE

Mitte zählt 720 Mitglieder und ist damit der zweitgrößte Kreisverband Berlins. Mitglieder und Interessierte treffen sich in der Regel jeden 1. und 3. Dienstag im Monat um 19 Uhr, meist im Rathaus Tiergarten, und diskutieren grüne Bezirks- und Landespolitik. Die aktuellen Termine findest du auf gruene-mitte.de. Außerdem gibt es Arbeitsgruppen, die unsere Fraktion bei ihrer inhaltlichen Arbeit unterstützen. **Komm auch du und mach mit!**



© KV Mitte

ROTSCHWARZGRÜN – EINE EHER SELTENE FARBKOMBINATION

von Regina Schmidt

In Lichtenberg stellt das Wahlergebnis an die Verantwortungsbereitschaft der gewählten Parteien hohe Anforderungen: nur 4 Bündnisgrüne, Die Linke - 20, 17 - SPD, 7 - CDU, 5 Piraten, 2 Braune gibt es leider auch.

Das heißt die CDU 1, Die Linke und die SPD je 2 Bezirksratsmitglieder. Erste Frage: halten wir uns raus oder übernehmen wir Verantwortung und versuchen in eine Zählgemeinschaft zu gehen? Glaubt mir, schon diese Entscheidung war schwer. Und wir haben entschieden, „sich zurückzulehnen und zu sagen, was geht uns das an - so sind wir nicht“.

Wir haben mit beiden „großen“ Parteien (Die Linke und SPD) gesprochen..., sondiert..., die Piraten kennengelernt..., mit der CDU kontaktet... und dann für eine Rot-SchwarzVielGrüne Vereinbarung gestimmt.

Das Ergebnis unserer Verhandlungen kann sich sehen lassen. Die drei großen Themen der nächsten Jahre hier heißen: Vereinbarungen zum in Planung befindlichen Biomassekraftwerk, Reformation des Bürgerhaushaltes und die Energetischen Sanierungen öffentlicher Gebäude – diese Entscheidungen müssen unter der Prämisse der Nachhaltigkeit getroffen und umgesetzt werden. Alle drei Parteien haben das unterschrieben und noch mehr.

Für die Meisten im Kreisverband überwogen am Schluss die Argumente dafür, dass es mit der vorliegenden Vereinbarung gut gelingen kann, unseren Wähler/innen-Auftrag umzusetzen. Und das erfolgt transparent – die Veröffentlichung der Vereinbarung ist der erste Schritt dazu www.gruene-lichtenberg.de.

Es wird erzählt, dass noch nie eine Zählgemeinschaft eine ganze Legislaturperiode gehalten habe, dass noch nie eine Zählgemeinschaft gemeinsames Reden und Handeln zustande gebracht hat. Vielleicht sind wir ja die ersten.

Die Autorin ist die Vorsitzende des KV Lichtenberg

ROT-GRÜN IN CHARLOTTENBURG- WILMERSDORF

von Jürgen Wachsmuth

Bündnis 90/Die Grünen haben 23,9 % (6,3% mehr als 2006) bei der Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung (BVV) erreicht. 14 (bisher 10) grüne Bezirksverordnete werden die Interessen der BürgerInnen in der BVV wahrnehmen. Im Bezirksamt sind wir wieder mit einer Stadträtin vertreten.

Nach erfolgten Sondierungsgesprächen beschloss der Kreisverband die Aufnahme von Verhandlungen zur Bildung einer Zählgemeinschaft mit der SPD. Nach dem erfolgreichen Abschluss wurde Elfi Jantzen zur grünen Stadträtin für die Bereiche Jugend, Familie, Schule und Sport sowie das Umweltamt gewählt.

Mit der Zählgemeinschaftvereinbarung sind wichtige Weichen für ein familienfreundliches Charlottenburg-Wilmersdorf gestellt: Wir wollen Familienzentren schaffen und den Jugend- und Bildungsbereich stärken. Charlottenburg-Wilmersdorf soll durch den Ausbau von Bildungsnetzwerken zum Bildungsbezirk werden.

Der Prozess des Bürgerhaushalts wird mit Kiezkonferenzen fortgesetzt. Zu den weiteren kommunalpolitischen Schwerpunkten zählen die frühzeitige und verbindliche Beteiligung der Bürger/-innen an den Entscheidungen im Bezirk, der Einstieg in eine ökologische und soziale Stadtentwicklung, die Stärkung der City-West als Wohngebiet mit einer ausgewogenen sozialen Mischung und die Weiterentwicklung des Campus Charlottenburg als Wissenschaftsstandort in Kooperation mit den Universitäten. Alle im Bezirk als Grünflächen gewidmeten Flächen sollen erhalten, gepflegt und entwickelt werden. Ein bezirkliches Verkehrskonzept wird erarbeitet. Mit aktiver Wirtschaftsförderung sollen Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen und gesichert werden. Die rot-grüne Zählgemeinschaftvereinbarung im Wortlaut unter www.gruene-cw.de



© Oliver Münchhoff

GRÜNE IM SÜDOSTEN GEHEN ZÄHLGEMEINSCHAFT MIT SPD UND CDU EIN

von Andrea Gerbode und Peter Groos

Wir Bündnisgrünen in Treptow-Köpenick haben in der vergangenen Wahlperiode selbst- und strategiebewusst Politik gemacht, waren uns unserer Oppositionsrolle gewahr und haben den politischen Gestaltungsspielraum genutzt, den die Konstellation in unserem Bezirk bietet:

SPD und Linke blieben auch in Zeiten des Rot-Roten Senats kooperationsunwillig, die Zusammenarbeit von SPD und CDU war von Anfang an mehr als holprig. Nicht selten und zunehmend konnten wir Mehrheiten finden oder entscheidend beeinflussen. Mit entsprechend breiter Brust und großen Erwartungen gingen wir in den Wahlkampf.

Unser Ergebnis vom 18. September entsprach dem in anderen Bezirken. Einerseits konnten wir bei Stimmen und Prozenten ein deutliches Plus verzeichnen, die Fraktion wuchs von vier auf sechs Mitglieder. Andererseits sind wir weiterhin nicht im Bezirksamt vertreten und viertstärkste Fraktion geblieben. Der sehnlichst erhoffte große Schritt nach vorne, der strukturelle Einbruch in die bezirkspolitischen Machtverhältnisse, auf den wir fünf Jahre lang mit aller Kraft hingearbeitet haben, ist uns nicht gelungen.

Es war daher nicht einfach, in einer auch emotional so schwierigen Gemengelage die strategischen Möglichkeiten des Wahlergebnisses auszuloten und energisch in Verhandlungen zu treten. Schnell wurde klar, dass die einzige realistische Option eine Zählgemeinschaft mit SPD und CDU sein würde. Wir Grünen sind in die entscheidenden Gespräche mit einem inhaltlichen Papier gegangen, mit dem wir zu wichtigen Bereichen wie Haushalt und Immobilien, Bürgerbeteiligung, Verkehr, Bauen und Stadtplanung und Tourismus präzise Positionen bezogen. Wir haben deutlich gemacht, dass unsere Zusammenarbeit auf bestimmte wichtige Probleme und Projekte begrenzt sein sollte. Diesen Geist atmet auch die schließlich am 24. Oktober unterzeichnete Vereinbarung. Die Unterschiedlichkeit der Politikansätze von Grünen, SPD und CDU bleibt auch bei einer bezirklichen Zählgemeinschaft bestehen. Aber: Die Partner vereinbaren gemeinsame Ziele auf klar benannten Feldern, sichern sich einen kooperativen und kollegialen Umgang zu und gehen davon aus, dass die so konstruierte Vertrauensbasis groß genug ist, um als Zählgemeinschaft auch die sachliche Konfrontation bei nicht gemeinsam vertretenen

Themen auszuhalten. So haben wir mit der Arbeit begonnen, den bisherigen Fraktionsvorsitzenden der SPD, Oliver Igel, zum Bezirksbürgermeister und die übrigen Kandidaten von SPD und CDU zu Stadträten gewählt. Dass wir Grünen keinerlei Absicht haben, uns in der Zählgemeinschaft einzumauern, machten wir dadurch deutlich, dass wir auch die Kandidaten der Linken unterstützten.

Von der Zählgemeinschaft erwarten wir, neben deutlich besseren Erfolgsaussichten bei zentralen grünen Anliegen wie dem Radverkehr und der Bürgerbeteiligung und der ständigen Einbindung in die Arbeit des Bezirksamtes, auch eine viel stärkere öffentliche Wahrnehmung der gewachsenen Bedeutung unserer Partei im Bezirk. Deshalb haben wir hart um das Amt des BVV-Vorstehers verhandelt, das wir in der Mitte der Wahlperiode von der SPD übernehmen werden. Daneben behalten wir den Vorsitz im Haushaltsausschuss und werden Bürgerdeputierte in zwei Ausschüsse stellen, die uns nach dem Wahlergebnis nicht zustanden.

Mit diesem Verhandlungsergebnis können wir sehr gut leben!

Eure
Andrea Gerbode
Peter Groos

Fraktionsvorsitzende in der BVV Treptow-Köpenick



SICHERHEIT GEHT VOR NEUANFANG MIT DEN GRÜNEN - ZÄHLGEMEINSCHAFT IN BERLIN-MITTE

Mit Andrea Fischer als Spitzenkandidatin für das Amt der Bezirksbürgermeisterin haben die Grünen in Mitte einen starken Wahlkampf geführt. Für ihre gute Arbeit in den letzten Jahren wurden sie von den WählerInnen mit 24,1 % belohnt (19,8% in 2008), sie sind jetzt zweitstärkste Fraktion in der BVV und stellen künftig zwei BezirksstadträtInnen.

Bezirksbürgermeister Christian Hanke stand aufgrund seines Führungsstils unter massiver fraktionsübergreifender Kritik, so dass eine Wahl von Andrea Fischer als grüne Bürgermeisterin für Mitte aussichtsreich schien. Die Gespräche mit der CDU verliefen konstruktiv, die Grünen waren zu einigen Zugeständnissen bereit, darunter der CDU das Ressort Stadtentwicklung zu überlassen. Mit der SPD machten Verhandlungen keinen Sinn, sie hielt an ihrem Anspruch auf das Amt des Bezirksbürgermeisters fest.

Die Verhandlungen waren sehr weit gediehen, als die CDU nur noch "aus Höflichkeit" ein Gespräch mit der SPD führen wollte. Die Bildung einer Zählgemeinschaft von SPD und CDU wurde am Tag drauf angekündigt, noch bevor die CDU die Grünen in Kenntnis setzte. Die Annäherung von SPD und CDU im Land hat diese Entwicklung befördert, aber entscheidend war, dass die CDU sich von einer Zählgemeinschaft mit der SPD mehr Sicherheit versprach: SPD und CDU gemeinsam haben mit 28 Sitzen eine knappe Mehrheit in der BVV (eine Vereinbarung mit den Grünen hätte der Unterstützung der Linken bedurft). Alle Kritik an der bisherigen Politik der SPD war angesichts einer vermeintlich sicheren Mehrheit in der BVV und der damit verbundenen Hoffnung auf Durchsetzungsfähigkeit des CDU-Stadtrats wie weggewischt. Viel zu tun für Bündnisgrüne in Mitte in der "Opposition".

Mit der Tram ins Abgeordnetenhaus:
Stefanie Remlinger



© Nikolai Wolfert (3), Oliver Münchhoff (1)



HALLO, HIER KOMMT BERTA!

von Nikolai Wolfert

Wenn sie durch die Strassen tuckelt, beginnen Kinderaugen zu funkeln. Eltern freuen sich und Jubeln spontan: "Berta kommt!".

2008 wurde sie aus recycelten WUMS-Plakaten geboren. Berta die erste Fahrrad-Tram Berlins. Selbst gebaut von grünen Laieningenieuren. Der Antrieb läuft auf 100 % Erneuerbare Energien durch zwei kräftige FahrradfahrerInnen. Multitalent Berta ist mobiler Stand, Litfaßsäule, Eyecatcher, Kaffeefahrt-Rikscha.

BERTA VERBINDET

Bertas politische Botschaft lautet "Mehr Tramlinien". Unser Märkisches Viertel muss endlich mit der Linie Rosenthal-Hackescher Markt verbunden werden.

Berta will mehr öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) und keine A100-Verlängerung, die Kieze belasten würde. Berta will zum Umstieg vom Auto in die ÖPNV animieren und ist dafür stets mit 6 km/h unterwegs.

BERTA BRAUCHT DICH!

Dann Sonntag, 28. August: Kinderfest im Friedrichshain gemeinsam von Grünen Pankow & Frieke. Wie ein Magnet zieht Berta Kinder und Erwachsene an.

Kinderfest am Humannplatz. Die Kinder rennen zur Berta. 8 Kinder im Hinterwagen mehr geht nicht.

Winterfeldplatz, 16. September. Berta fährt im Karee. "Berlin gewinnt" und Berta ist schon 20 Kilometer gefahren.

Es ist längst abend und Berta fährt noch. Auch 2012 wird Berta unterwegs sein. Interesse, dann meldet Euch: nikolai.wolfert@gruene-berlin.de

NEUKÖLLNER GRÜNE STEHEN VOR ECHTEN HERAUSFORDERUNGEN

von Bernd Sczepanski

Grenzenloser Jubel, blankes Entsetzen – zwischen diesen Polen schwankte die Neuköllner Bezirksgruppe am Wahlabend 2011. Das schier Unglaubliche war geschafft, die Nordneuköllner Wahlkreise 1 und 2 gewonnen. Wir haben der SPD die beiden Direktmandate abgenommen – und das mit deutlichem Vorsprung.

Aber als die BVV-Ergebnisse auf dem Bildschirm erschienen, waren wir fassungslos. 8 % Zugewinn für die Neuköllner SPD, ein deutlicher Gegentrend zur Abgeordnetenhauswahl. Uns war klar, das ist Bürgermeister Buschkowsky und seinem populistischen Kurs in der Integrationsfrage zuzuschreiben. Schon im Wahlkampf war zu spüren, dass viele Leute grüne Politik unterstützen wollten, aber unsere Absicht, Buschkowsky als Bürgermeister abzuwählen, stieß vielfach auf Unverständnis. Gegen seine mediale Dauerpräsenz in Fernseh-Talkshows und BILD kamen wir nicht an, eine Wahlkampfspende von Sarrazin an die Neuköllner SPD tat ihre vergiftende Wirkung.

Zudem wurde unser Neuköllner Ergebnis durch den bezirklichen Erfolg der Piratenpartei beeinflusst. Zwar haben wir 2,9 % und damit 2 Bezirksverordnete hinzugewonnen, auch der Stadtratsposten war trotz Verkleinerung des Bezirksamts gesichert, aber wir hatten eine deutlichere Verbesserung erhofft, etwa in Höhe des Zweitstimmenzuwachses für die Abgeordnetenhauswahl von 6,6 %. Die SPD hatte dagegen ihre Sitze in der BVV um 6 auf 27 erhöht – knapp unter der absoluten Mehrheit. Darüber konnte auch der desaströse Einbruch der CDU um 4 auf 13 Mandate nicht hinwegtrösten.

Damit nicht genug: kurz vor der BVV Konstituierung gaben SPD und CDU in einer Presseerklärung die Bildung einer Zählgemeinschaft bekannt. Einzig erkennbarer Programmpunkt für die zukünftige Neuköllner Politik war die Abwahl unserer anerkannten und erfolgreichen Jugendstadträtin Gabi Vonnekold, die mit persönlichen Diffamierungen und an den Haaren herbeigezogenen Vorwürfen über ihre Amtsführung begründet wurde.

Obwohl alle Anschuldigungen von uns eindeutig widerlegt wurden und wir die Öffentlichkeit eingehend über die Haltlosigkeit der Vorwürfe und das zutiefst undemokra-

tische Vorgehen von SPDCDU informiert haben, ließ die rot-schwarze Zählgemeinschaft mit ihrer Mehrheit von 40 Stimmen gegen 15 Mandate von Grünen (8), Piratenpartei (4) und Linken (3) Gabi Vonnekold in bisher 2 BVVen keine Chance.

Gabi Vonnekold hat daraufhin beschlossen, nicht ein weiteres Mal anzutreten und wir werden eine andere Person für den Bereich Soziales nominieren (nur dieses eine Amt hat die Zählgemeinschaft Grün zugeordnet, während andere Stadträte wahre Ämterhäufungen verzeichnen).

In den nächsten Jahren werden wir noch stärker als bisher die Integrationsverweigerungspolitik Buschkowskys thematisieren und Gegenmodelle entwickeln. Das Ressort Soziales kann dabei durchaus hilfreich sein. Insbesondere werden wir die Zusammenarbeit mit migrantischen

Organisationen und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte verstärken, denn diese wehren sich zunehmend gegen ihre öffentliche Diffamierung und verlangen Teilhabe im Bezirk. Auch ist damit zu rechnen, dass die Harmonie zwischen SPD und CDU über den „Erfolg“ der Wahlverhinderung unserer Jugendstadträtin hinaus nicht sehr lange halten wird, denn schon 2013 steht man sich als Konkurrenten bei der Bundestagswahl gegenüber.

Innerhalb der Grünen werden wir unsere immer noch wachsende Mitgliederstärke einbringen. Wir stehen hinter unseren Direktkandidatinnen im Abgeordnetenhaus und treten in der Partei ein für volle Partizipation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und ein soziales Profil von Bündnis 90/Die Grünen in Berlin.

Der Autor ist der Fraktionsvorsitzende in der BVV Neukölln

© Oliver Münchhoff



FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG BLEIBT GRÜN!

von Paula Riester und Florian Schärdel

Friedrichshain und Kreuzberg bleiben einmalig in Berlin. Mit Franz Schulz wird der Bezirk erneut den einzigen grünen Bürgermeister in der ganzen Stadt stellen.

Das haben Grüne, SPD und CDU verabredet. Wir haben das Vorschlagsrecht für den Bürgermeisterposten sowie zwei weitere StadträtInnen, weil wir bei dem Urnengang am 18. September mit dem neuen Rekordergebnis von 35,5 Prozent (+2,5) wieder mit Abstand stärkste Partei geworden sind und damit 22 der 51 Mitglieder im Bezirksparlament stellen.

Mit der SPD ist vereinbart, gemeinsam das Bezirksamt zu wählen und auch gemeinsame Projekte in den Bereichen Radverkehr, Transparenz, Jugend und Schule sowie Integration im Bezirksparlament zu verfolgen. Ziel bleibt, auch mit Piraten und Linkspartei parlamentarische Projekte zu starten. Eine feste Kooperation wie in der vergangenen Legislaturperiode wollte die Linkspartei mit uns nicht mehr verabreden, da sie um ihre Wahrnehmbarkeit nach außen fürchtete. Auch die CDU wird mit uns gemeinsam das Bezirksamt wählen, politische Projekte haben wir mit der CDU jedoch nicht verabredet.

Der grüne Bürgermeister soll im Bezirk die Zuständigkeit für folgende Ressorts bekommen: Personal und Finanzen sowie Stadtentwicklung. Die beiden anderen grünen Mitglieder des Bezirksamt werden folgende Ressorts bekommen: 1. Gesundheit und Jugend sowie Bildung und Kultur, 2. Tiefbau/Landschaftsplanung, Umwelt- und Naturschutz sowie Immobilienverwaltung. Die Wahl soll Anfang Dezember stattfinden.

Außerdem erfreulich: Bei der Wahl konnten wir erstmals fünf der sechs Wahlkreise im Bezirk direkt gewinnen! Dirk Behrendt erzielte mit 49,8 % sogar das beste Ergebnis aller Direktkandidaten Berlins.

Der Autor und die Autorin sind die Fraktionsvorsitzenden in der BVV Friedrichshain-Kreuzberg

*Gemeinsam für Alle:
Susanna Kahlefeld und Heiko Thomas
auf Wahlkampftour*

UNSERE NEUE GRÜNE FRAKTION IM ABGEORDNETENHAUS

17,6 % der BerlinerInnen haben bei der Abgeordnetenhauswahl 2011 unserer Partei Bündnis 90/Die Grünen Berlin das Vertrauen ausgesprochen. Deshalb können sich in der kommenden Legislaturperiode nun 29 der insgesamt 149 Abgeordneten für eine nachhaltige, soziale und ökologische Stadt einsetzen. Damit setzen wir selbst ungebrochen unser nachhaltiges Wachstum fort: Wir konnten in diesem Jahr nicht nur unser 5000. Mitglied begrüßen, sondern konnten mit einem Zugewinn von 4,5 % der Zweitstimmen sowie der Erringung von elf Direktmandaten unsere Fraktion vergrößern.

NEUE ABGEORDNETE IN DER FRAKTION:

Turgut Altug, Direktmandat, Friedrichshain-Kreuzberg; Sabine Bangert, Listenplatz; Martin Beck, Listenplatz; Marianne Burkert-Eulitz, Direktmandat, Friedrichshain-Kreuzberg; Stefan Gelbhaar, Listenplatz; Susanna Kahlefeld, Direktmandat, Neukölln; Antje Kapek, Listenplatz; Nicole Ludwig, Listenplatz
Harald Moritz, Listenplatz; Stefanie Remlinger, Listenplatz; Katrin Schmidberger, Listenplatz; Heiko Thomas, Listenplatz

WIEDER GEWÄHLTE ABGEORDNETE IN DER FRAKTION:

Canan Bayram, Direktmandat, Friedrichshain-Kreuzberg; Dirk Behrendt, Direktmandat, Friedrichshain-Kreuzberg; Thomas Birk, Direktmandat, Tempelhof-Schöneberg; Jochen Esser, Listenplatz; Claudia Hämmerling, Listenplatz; Anja Kofbinger, Direktmandat, Neukölln; Heidi Kosche, Direktmandat, Friedrichshain-Kreuzberg; Felicitas Kubala, Listenplatz; Benedikt Lux, Listenplatz; Özcan Mutlu, Listenplatz; Ramona Pop, Direktmandat, Mitte; Volker Ratzmann, Direktmandat, Pankow; Michael Schäfer, Listenplatz; Anja Schillhaneck, Listenplatz; Jasenka Vilbrandt, Listenplatz

NEUE VIZEPRÄSIDENTIN DES ABGEORDNETENHAUSES:

Anja Schillhaneck

FRAKTIONSVORSTAND:

Ramona Pop, Fraktionsvorsitzende; Heiko Thomas Parlamentarischer Geschäftsführer; Stefan Gelbhaar, stellvertretender Fraktionsvorsitzender; Nicole Ludwig, stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Antje Kapek, stellvertretende Fraktionsvorsitzende



EINE FRAGE AN ...

... Anja Schillhaneck

Anja, schön Dich zu sehen. Wir freuen uns über unsere aktive Leser_innen schaft.

Herzlichen Glückwunsch, Frau Vizepräsidentin. Was macht mensch da eigentlich so, als Vizepräsidentin?

ANJA:

Na ja, wenn der Präsident nicht da ist, na dann bin ich Land Berlin.

Das Exklusivinterview führte Oliver Münchhoff.

© Oliver Münchhoff

© maconga - fotolia

DIE LANDESGESCHÄFTSTELLE: VERSCHICKUNGSZENTRUM & MATERIALAUSGABESTELLE?! DA IST MEHR DRIN...

von Catherina Pieroth

Was genau sind eigentlich die Aufgaben unserer Landesgeschäftsstelle (LGS)? Eine Frage, die sich auch unsere neue Landesgeschäftsführerin Catherina Pieroth gestellt hat. Denkt man über die Aufgaben der LGS nach, kommt einem sicherlich viel Organisatorisches in den Kopf: hier werden Verschickungen vorbereitet, Material bereitgestellt und Veranstaltungen vorbereitet wie zum Beispiel Parteitage. Die LGS ist die zentrale Anlaufstelle für Mitglieder sowie für Bürgerinnen und Bürger, hier kann man seine Fragen los werden und wir bemühen uns, immer schnell und kompetent zu antworten.

Aber auch politisch ist die LGS ein wichtiges Zentrum unserer Partei. Unsere beiden Landesvorsitzenden sowie ihre ReferentInnen sind jeden Tag mit Rat und Tat zur Stelle. Der Landesvorstand tagt hier. Und die Referentin für Frauen- und Geschlechterpolitik koordiniert ihr Politikfeld. Die LGS ist damit neben der Fraktion im Abgeordnetenhaus der Ort, wo grüne Politik für das Land Berlin gemacht wird.

Nach den Abgeordnetenhauswahlen im September muss die Partei sich in vielen Bereichen neu strukturieren – das gilt auch für die LGS. Zentrale Frage ist dabei, wie wir eine bessere Vernetzung zwischen der LGS und den Parteigliederungen erreichen und für alle BerlinerInnen da sein können, die sich mit grünen Inhalten beschäftigen. Dazu ist es wichtig, dass wir gut und umfassend informieren und wir freuen uns, wenn Ihr uns anspricht und wir Euch helfen können. Neben einem Besprechungsraum für bis zu 20 Personen, der sehr gerne aktiv von der Partei für Gespräche, Workshops und Sitzungen aller Art genutzt werden darf, wollen wir Euch mehr Austausch über unsere Internetseite anbieten. Wir wollen, dass die Landesgeschäftsstelle offener wird; sie soll ein Ort der Begegnung werden, an dem über Inhalte gesprochen wird – und das nicht nur innerhalb bestimmter Gremien, sondern quer durch die Partei und rein in die Stadtgesellschaft.

Bei der Landesdelegiertenkonferenz (LDK) im März werden wir unter anderem über die LGS diskutieren und mit dem Haushalt zusammen hoffentlich auch eine erweiterte Struktur der Geschäftsstelle beschließen. Auf dem Weg dahin haben wir direkt nach der Wahl die nötigsten Veränderungen vorgenommen. So haben wir einen der beiden

Vorstandsreferenten, Christian Honnens, mit einigen Stunden zusätzlich ausgestattet, damit er hauptverantwortlich die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und damit auch die Homepage betreuen kann. Um eine schnelle und unkomplizierte Kommunikation der Landesebene mit den Kreisverbänden und Abteilungen zu gewährleisten, ist Nina Blinten die Ansprechpartnerin für Euch. Eliane Hartard verwaltet seit Oktober die Mitglieder und hat dafür von der erfahrenen Alessa das Handwerkszeug übernommen. Weitere Veränderungen folgen nach der LDK.

Damit möglichst die ganze Partei in die Prozesse der LGS einbezogen wird, könnte ich mir die Durchführung einer Werkstatt mit VertreterInnen der unterschiedlichen Gliederungen vorstellen. Hier könnten wir herausarbeiten, was die Partei eigentlich von uns als LGS erwartet, wie sie sich Vernetzung vorstellt und was wir in der LGS tun können, um die Arbeit vor Ort so weit es geht zu erleichtern. Wenn Ihr hierzu Vorschläge habt, wendet Euch direkt an mich catherina.pieroth@gruene-berlin.de. Zusätzlich komme ich in diesen Wochen auch gerne in Eure Bezirksgruppen, um mich persönlich vorzustellen.

Herzlichst Catherina



CANVASSING – DIE NEUE WAHLKAMPFSTRATEGIE?

von Silke Gebel

Die Frage in jedem Wahlkampf: Wie erreichen wir die Leute, die nicht an unseren Stand kommen? Sei es, weil sie vorher die Straßenseite wechseln oder weil wir in deren Lebenswelt keinen Stand machen. Für uns hieß das: „Wenn die Leute nicht zu dir kommen, musst du zu ihnen gehen“.

Canvassing, Türklinkenputzen, Haustürwahlkampf – egal wie man es nennt, als KandidatIn oder als UnterstützerIn geht man von Tür zu Tür, treppauf-treppab und wirbt idealerweise im direkten Gespräch für sich - oder den/die KandidatIn und die bündnisgrünen Positionen. Die Idee ist nicht neu: Obama hat diese Methode genutzt und in Großbritannien ist sie seit dem späten 17. Jahrhundert üblich.

HOW TO TÜRKLINKENPUTZEN – 3 GRUNDREGELN

ERSTENS: Zieht während der Woche zwischen 17.45-20.00 Uhr los. Zu dieser Uhrzeit werdet ihr die meisten Menschen zu Hause erwischen, ohne sie von Wichtigerem abzuhalten: kurz nach der Arbeit aber vor der ehrwürdigen Tagesschau.

ZWEITENS: Zieht mindestens zu zweit los und habt am besten eine Frau dabei. Klingelt nie mit mehr als zwei Leuten an einer Tür und führt die Gespräche immer an der Türschwelle.

DRITTENS: Zeigt, dass ihr da wart, auch wenn niemand die Tür aufgemacht hat. Bei uns haben im Schnitt 30 % die Tür geöffnet, die übrigen sollen ja auch von den Mühen und Inhalten erfahren.

Insgesamt waren wir überrascht über ein fast durchweg positives Feedback. Wie auch in den Berichten aus den USA, erkannten die Leute an, dass sich jemand die Mühe macht, den ganzen Weg zu ihnen zu kommen. In anderen Wahlkreisen war dieser Kontakt gar der erste, der je bewusst mit einer/m PolitikerIn stattfand. Die heftigste Reaktion war schon eine zugeschlagene Tür mit einem verächtlichen „Bündnis 90...“.

WIE MAN ES NOCH BESSER MACHT

Fangt früh genug an zu canvassen, damit ihr auch die Stimmen der BriefwählerInnen für euch oder eure KandidatIn sichert. Die Anzahl der BriefwählerInnen in Berlin lag bei dieser Wahl bei 16,6 % aller Wahlberechtigten, was 27,6 % der abgegebenen Stimmen bedeutet. Der größte Teil wurde bereits vor den letzten drei Wochen abgegeben.

Überlegt euch wie ihr zeigt, dass ihr da wart, wenn niemand aufmacht. Ärgerlich in den 10 Stock hochgekraxelt zu sein, und niemanden anzutreffen. Unsere Lösung waren Türhänger mit grundlegenden Infos zur Berliner Wahl. Einige freuten sich über den unerwarteten Gruß. Andere sahen darin eine „Einbrecherhilfe“, da man sehen könne, wer nicht zu Hause sei. Hier müssen wir nochmal ran.

Betont immer die Bedeutsamkeit der Zweitstimme (und Drittstimme). Gerade als Partei, die die Grundzahl der Mandate über die Zweitstimmen sichert, sollten auch primäre Direktkandidatenmittel eingesetzt als Parteienwerbung genutzt werden.

5000 GEDRÜCKTE KLINGELKNÖPFE – EIN GUTES ZEIT-INVESTMENT?

Entgegen aller Unkenrufe im Vorfeld war es leichter, Freiwillige dafür als für die klassischen Stände zu finden. Effektiv wird Canvassing, wenn es durch weitere Kiez-Präsenz, also Stände, Straßenfeste und Vereinsbesuche, flankiert wird. Es bietet aber denen eine zeitlich begrenzte, interessante Wahlkampfaktivität zur Feierabendzeit, die sich nicht an den Stand stellen würden.

Durch den hohen BriefwählerInnenanteil, der zeitlich nicht zurechenbar ist und durch eine Umstrukturierung der regionalen Briefwählerzuordnung, ist ein Effekt (noch) schwer nachzuweisen. Sichtbar ist in „meinem“ Wahlkreis ein Zuwachs an 944 Stimmen absolut zu 2006, was immerhin eine Steigerung um 35 % bedeutet. Rechtfertigt das 5000 „geputzte“ Türklinken?

MEIN FAZIT: Canvassing ist ein super Mittel effizient viele Leute persönlich zu sprechen und mit grüner Politik bekannt zu machen. Man erreicht damit auch Gruppen die sonst keinen/kaum Kontakt zu (grünen) PolitikerInnen haben. Gekoppelt mit einer zusätzlichen Präsenz im Kiez, ergibt sich ein enormer Wiedererkennungswert. Gerade mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 ein wichtiges Wahlkampfmittel.

Die Autorin ist Mitglied im Geschäftsführenden Ausschuss des KV Mitte und war Direktkandidatin im Wahlkreis 2 in Berlin Mitte rund um den Hakeschen Markt, Fischerinsel, Karl-Marx Allee und die Leipziger Strasse

© daniel.schoenen - photocase



GROSSE TOMBOLA UM EINEN KITAPLATZ

von der Kita-AG

In Berlin fehlen 23.000 Kita-Plätze. Friedrichshain-Kreuzberg ist als innerstädtischer Bezirk besonders betroffen. Der Senat wirbt für Kita-Gutscheine und Beitragsfreiheit – ein Hohn für Eltern auf der Suche nach einem Kita-Platz.

Es war einmal eine berufstätige Frau, die sich mit ihrem Partner eine eigene Familie wünschte. Dem schien zunächst nichts im Wege zu stehen – war es in ihrer Gesellschaft doch Usus, dass Frauen ihr Leben selbst bestimmen, berufstätig sind oder studieren, und zwar mit oder ohne Kinder. Zudem regierte in ihrer Stadt ein Senat, der es ganz besonders gut mit jungen Familien zu meinen schien: berufstätig sein UND Kinder haben – gar kein Problem! – so war das öffentliche Credo. Ein System mit Kita-Gutscheinen wurde eingeführt, um die frühkindliche Bildung beitragsfrei zu halten. Der Bürgermeister forderte insbesondere Eltern aus sozial benachteiligten Gruppen oder mit Migrationshintergrund explizit dazu auf, ihre Kinder frühzeitig in die Kita zu bringen, um Sprachdefizite zu vermeiden. Und schließlich gab es ja noch das Elterngeld, um finanzielle Einbußen abzufangen.

Diese scheinbar märchenhaft-familienfreundlichen Bedingungen ergeben in der Realität jedoch ein ganz anderes Bild: In den meisten Kitas in Friedrichshain-Kreuzberg gibt es Wartelisten mit über hundert Personen. Inzwischen melden sich Eltern bereits während der Schwangerschaft in den Betreuungseinrichtungen an.

Einige Kitas hingegen verlangen eine inoffizielle Aufnahmegebühr von mehreren hundert Euro – ein eklatanter Widerspruch zur vom Senat beworbenen Beitragsfreiheit! Und schließlich gibt es in vielen Einrichtungen Probestunden: Ein Wettbewerb zwischen Kindern bei dem die Kita-Leitung aussucht, welches der Kinder am besten zur Kita passt.

Unter diesen Bedingungen sind Kinder aus sozial benachteiligten Familien vom Kita-Platz-Mangel besonders betroffen. Die Kinder also, die nach Ansicht der Berliner Regierung einen Kitaplatz eigentlich am dringendsten benötigen.

Verantwortlich für diese Missstände ist vor allem der bis 2011 regierende Berliner Senat: Obwohl es bereits seit

2006 Anzeichen gab, dass zukünftig viele Kitaplätze fehlen, wurde lieber in die Beitragsfreiheit statt in den Ausbau der Kitas investiert und damit ein dramatischer Mangel mit über 23.000 Plätzen verursacht.

Ab 2013 haben auch Kinder, die jünger als drei Jahre sind, das Recht auf einen Kitaplatz. Niemand kann abschätzen wie viele Plätze dann fehlen werden.

Die Konsequenzen sind dramatisch: Viele Familien – insbesondere gering verdienende oder alleinerziehende Eltern – droht der Verlust des Arbeitsplatzes und sie sind auf Transferleistungen angewiesen. Soziale Segregation, das Auseinanderfallen der Stadt in Arm und Reich, wird begünstigt. Und obwohl sich die Rolle der Väter in den letzten Jahren erfreulich gewandelt hat, sind es nach wie vor in erster Linie die Frauen, die von finanziellen Einbußen betroffen und in ihrem Recht auf Erwerbstätigkeit eingeschränkt werden. Hätte eine erzkonservative Regierung Tausende von Frauen aus ihrem Erwerbsleben gewiesen, wäre eine Welle der Empörung durch die Stadt gegangen. So aber, auf dem Schleichweg der fehlenden Kitaplätze, blieb dies alles viel zu lange unbemerkt.

Um dieser Thematik ein persönlicheres Gesicht zu geben, entschlossen wir uns, die Beteiligten über Interviews selbst zu Wort kommen zu lassen und ihren Forderungen an den Senat eine Stimme zu geben.

Tine Hauser-Jabs, Susanne Hellmuth, Dominique Heyberger, Anna Sophie Luck, Claudia Lukas

ARMUTSFALLE FÜR ALLEIN-ERZIEHENDE IM PRENZLBERG

von Claudia Lukas

Katja ist alleinerziehende Mutter von zwei Kindern und wohnt in Prenzlauer Berg. Da sie keinen Kitaplatz für ihr jüngstes Kind gefunden hat, konnte sie nicht wie geplant ihren Beruf wieder aufnehmen. Seither ist sie auf staatliche Unterstützung angewiesen.

Katja begann mit der Suche nach einem Betreuungsplatz als sie im vierten Monat schwanger war. Nun steht sie auf den Wartelisten verschiedener Kitas: im Durchschnitt zwischen den Plätzen 50 und 80.

Mittlerweile müsse man für einen Kitaplatz dankbar sein, unabhängig davon, ob dieser den eigenen Vorstellungen, Erwartungen, Lebenskonzept oder Erziehungsstil entspreche. „Ich habe ja kein Kind zur Welt gebracht, dass dann in irgendeiner Kita landet. Ich wollte ja auch einen Kitaplatz, der meinen Erziehungsmethoden und meinen Lebenswandel entspricht.“

Doch nicht nur die fehlenden Betreuungsplätze sind für Katja problematisch. Die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Kindererziehung werden zusätzlich durch die begrenzten Öffnungszeiten der Kitas erschwert. Selbst wenn Katja endlich einen Kitaplatz bekommt, könnte sie ihren ursprünglichen Arbeitsaufwand nicht mehr ausreichend organisieren und müsste deshalb zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts zusätzlich mit Hartz IV aufstocken.

Zur Vereinfachung der Kitasuche und als Ausweg aus der prekären Situation plädiert die zweifache Mutter für mehr Transparenz und Kooperation zwischen Kitakostenstelle und Kitas: So könne festgestellt werden, wer sich an welcher Kita an- oder angemeldet hat.



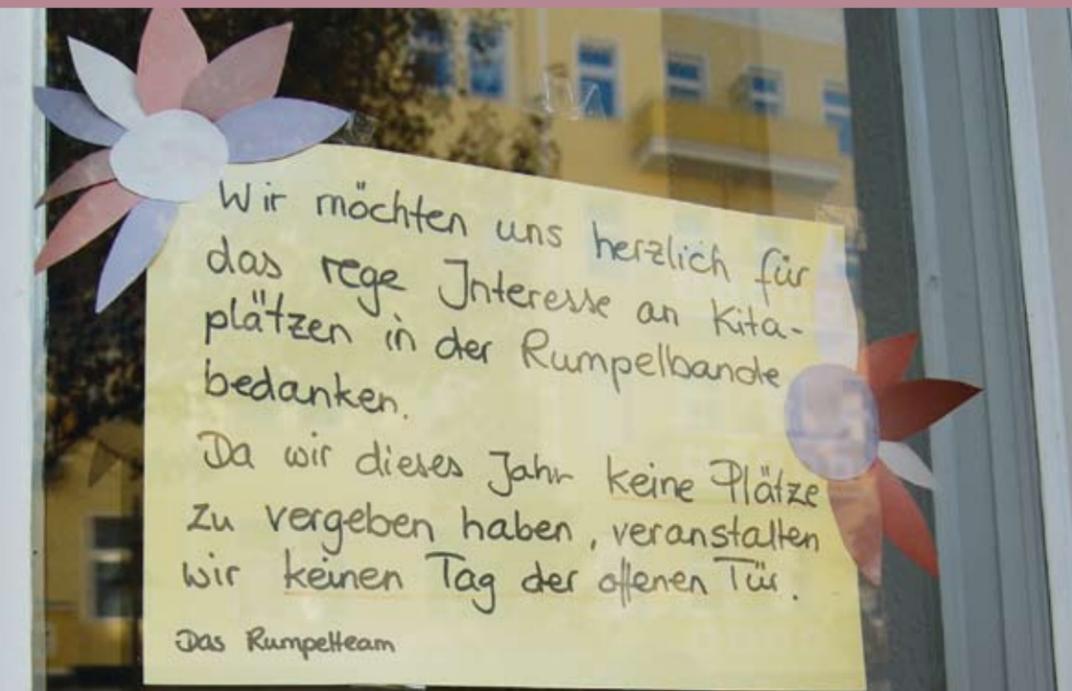
© Christian Könnike

ELTERN OHNE KITAPLATZ

- fürchten um ihren Arbeitsplatz
- fühlen sich von Behörden allein gelassen
- wünschen sich eine zentrale Erfassung und Vergabe der Kita-Plätze
- bemängeln die fehlende Transparenz bei der Kita-Platz-Suche
- müssen ein regelrechtes Management der Kita-Bewerbungen tätigen
- kritisieren Bewerbungswettbewerbe zwischen Kindern
- befürchten, dass sozial benachteiligte Familien wenig Chancen auf einen Kita-Platz haben

Grünes Projekt „Fehlende Kita-Plätze“

Machen Sie ähnliche Erfahrungen und möchten diese mitteilen? Dann schreiben Sie uns unter: kitanotstand@web.de
Über Mitstreiter_innen freuen sich: Tine Hauser-Jabs, Susanne Hellmuth, Dominique Heyberger, Anna Sophie Luck und Claudia Lukas



TRAUERN UM WOLFGANG POHNER

Nach schwerer Krankheit ist das ehemalige Vorstandsmitglied von Bündnis 90/Die Grünen Berlin, Wolfgang Pohner, am 10. November 2011 verstorben.

Wolfgang war über viele Jahre hinweg auf allen Ebenen unserer Partei äußerst engagiert. Mit klaren Positionen, guten Ideen und der Freude am politischen Gestalten hat er sich in viele Politikbereiche ein- und unsere programmatische Arbeit auf Landes- und Bundesebene vorangebracht.

Wolfgang hat viel bewegt. Vom 1. April 2005 bis 14. März 2009 war er Mitglied im Berliner Landesvorstand. Als langjähriger Sprecher der LAG Frieden & Internationales setzte er sich für ein größeres Verantwortungsbewusstsein der grünen Landespolitik für außenpolitische Fragen ein und hat mit seiner ruhigen, zielstrebigem und ermutigenden Art eine ganze Generation außenpolitisch aktiver Grüner geprägt. Er hätte sich selbst nie als Mentor bezeichnet, doch viele, die ihm in der LAG nachfolgten, sehen die Wurzeln ihres außenpolitischen Engagements auf der Landes- und Bundesebene in seinem Wirken.

Auch die Arbeit der BAG Frieden & Internationales hat Wolfgang über viele Jahre begleitet. Er war ein genauer Beobachter des politischen Prozesses und hatte das Talent, den richtigen Zeitpunkt zu erfassen; das zeigte sich in seinem wegweisenden Antrag auf der BDK 2007 zur Einsetzung der Friedens- und Sicherheitspolitischen Kommission.

Das Thema Migration & Integration lag ihm sehr am Herzen. Er sorgte für die Neugründung der LAG Migration, arbeitete dort intensiv mit und war an der Vorbereitung des großen MigrantInnenkongresses „Berlin mitgestalten“ im vergangenen Jahr beteiligt. Er blieb politisch aktiv, obwohl er schon damals mit seiner Krankheit schwer zu kämpfen hatte.

Wolfgang verkörperte eine grüne Authentizität, die viele im Berliner Landesverband und darüber hinaus beeindruckt hat. Er hatte die im politischen Geschäft seltene Fähigkeit, sich bei vollem Einsatz für die Sache selbst nicht zu ernst zu nehmen. Zielstrebigkeit und Gelassenheit waren für ihn keine Gegensätze, und er vermied es, die Schärfe seiner Analysen auf die Rhetorik zu übertragen. Vielleicht lag es an dem heiteren Südwest-Ton in seiner Stimme, aber sicher auch an seiner offenen, freundlichen Art, dass jedes noch so deutliche Statement von einem kleinen Augenzwinkern begleitet zu sein schien.

Wolfgang arbeitete seit 2006 bis wenige Monate vor seinem Tod als Wahlkreismitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Wolfgang Wieland, der sein Wahlkreisbüro lange Zeit in der Kommandantenstraße 80 hatte. Er gehörte damit faktisch zum Team der Landesgeschäftsstelle.

Wolfgang's Tod ist für uns politisch wie persönlich ein großer Verlust. Wir werden Dich vermissen, Wolfgang!

Susann Worschech, Felix Pahl, Sonja Grigat, Melanie Müller, Birte Gäth, Niko Pewesin, Ursula Hertel-Lenz, Paul Schlandt, Harald Bauer, Kambiz Behbahani, Keywan Daddjoo, Bernd Lupfer, Andreas Unger, Alexander Klose, Susanna Kahlefeld und der Kreisverband Friedrichshain - Kreuzberg

Bilder vom Wahlkampf:
mit Plakaten, Kaffee und Kuchen,
und viel Guter Laune in
Kreuzberg, Schöneberg und Pankow



GESTERN HABE ICH WIEDER WAS GELERNT – FUNDIS GEFUNDEN

von Wolfgang Seelbach aus dem KV Havelland

Es gibt jetzt in Berlin keine Grünen mehr, sondern nur noch Linke und Realos.

Mao hat das übrigens schon vorausgesagt: "Eins teilt sich in zwei", hat der mal gesagt. Nun sind wir zwei. Zwei Parteien mit zwei getrennten Pressekonferenzen. Nun können wir endlich unser Lieblingsspiel spielen, dass Wowi, der Spielverderber, mit uns nicht wollte: Koalitionsverhandlungen - stopp: vorher machen wir Sondierungsgespräche. Und mit Inhalten geben wir uns erst gar nicht ab. Es geht gleich um Posten, das ist ja sowieso das Wichtigste. Wie die Piraten machen wir das jetzt auch alles schön transparent und öffentlich.

Bis gestern war ich Grüner.

Nun muss ich mich entscheiden:

Linker oder Realo? Dazu muss ich wissen, was der Unterschied ist. Einen Unterschied habe ich sofort verstanden: die Realos wollen 2 Sprecherposten, die Linken nur einen. Das hilft mir aber erst mal nicht weiter. Ach ja da fällt mir doch noch ein Inhalt ein: der Realo-Sprecher hat 3 Tage vor den Wahlen die A100 als unverhandelbar erklärt. Das war ein guter Trick, denn Wowereit wollte ja unbedingt persönlich die A100.

Damit war schon mal klar, dass wir in der Opposition bleiben.

Früher nannten wir solche Leute Fundis. Aha, die Berliner Realos sind also Fundis, Realo-Fundis sozusagen.

Und die Linken? Die haben einen Bezirks-Bürgermeister, der aus der Partei austritt, wenn die A100 kommt.

Also auch Fundis, Linke in den Fundis sozusagen.

Und die Bürgermeisterkandidatin? Die hat kurz vor der Wahl erklärt, mit der CDU geht gar nicht, kurz nach der Wahl, das vergessen wir der SPD nie (Wer hat uns verraten - ...). Die ist also jetzt auch ein Fundi, eine neue Bundes-Fundi sozusagen - zumindest so lange, bis wir mit den Piraten die Mehrheit haben.

Und was wird nun aus mir?

Bis gestern war ich einfach nur grün. Jetzt habe ich ein Problem. Denn ich war nie Flügel, sondern Rumpf. Manchmal aber auch Flügel mal so, mal so. Mit Kosovo und Afghanistan hatte ich so meine Probleme - linksaußen also. Dass die Hartzler arbeiten sollen, fand ich gut - rechtsaußen also. Außerdem: Was ist eigentlich mit den ganzen anderen Flügeln, Strömungen, peer-groups usw., den Original-Fundis, den Öko-Libertären, den Ökosozialisten, den Christen in den Grünen ...

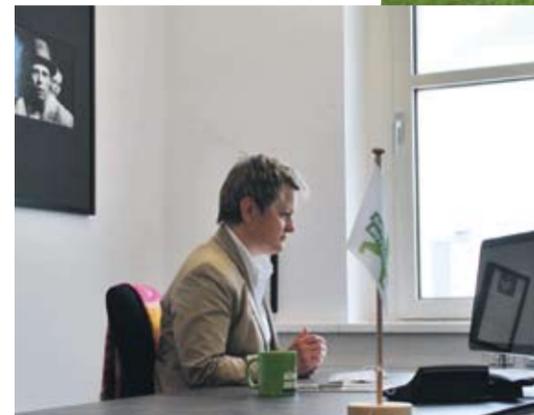
Dürfen die denn jetzt auch mitverhandeln? Darf ich mich denen denn jetzt gar nicht mehr zuordnen?

In meiner Verzweigung habe ich den Kaiser angerufen.

Der wusste Rat: "Geht's raus un spuit's Fussball! Dann schau'n mer mal!"

Liebe Leute, das ist es: Geht's raus und macht grüne Politik!

Der Autor ist der Sprecher der LAG Bildung im Landesverband Brandenburg



© Christian Könneke (3) und Oliver Münchhoff (5)

Impressum: Stachlige Argumente 33. Jahrgang Heft 4/2011 Nr. 184

Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Berlin
Redaktion: Ulrike Bürgel (ub), Oliver Münchhoff (V.i.S.d.P.) (om), Astrid Schmudde, Ronald Wenke (rw)
Freie Mitarbeiter_innen: Christine Dörner
Chef vom Dienst, Lektorat, Bildred.: Oliver Münchhoff

Freie Mitarbeit ist jederzeit möglich, bitte einfach zu den Redaktionssitzungen kommen (i.d.R. Montags, 18:30 Uhr)
Leserbriefe per e-mail: stachlige.argumente@gruene-berlin.de
Redaktionsanschrift: Kommandantenstrasse 80, 10117 Berlin • fon: 615 005 0 (Zentrale)
Wir bitten, die Beiträge per e-mail an uns zu senden

Satz/Layout: Stephanie Weyl • Druck: Oktoberdruck
Bezug: Die Stachligen Argumente erscheinen viermal jährlich.
Der Preis ist für Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder: Spende von 2,10 Euro erwünscht
Postgirokonto Berlin Nr. 524 66 - 103, BLZ 100 100 00 • Gedruckt auf 100% Recyclingpapier
Die einzelnen Beiträge geben die Meinung der jeweiligen Verfasser wieder und nicht notwendiger Weise der Redaktion.



**BERLIN WEHRT SICH!
KEIN PLATZ FÜR NAZIS!**

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
NEUKÖLLN

